

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Jitzhak Ben-Ari

Israel und die Bundesrepublik
Eine Bilanz besonderer Beziehungen

Niels Hansen

Verbindungen in die Zukunft
25 Jahre diplomatische Beziehungen
zwischen Deutschland und Israel

Chaim Schatzker

Die Bedeutung des Holocaust für das
Selbstverständnis der israelischen Gesellschaft

Peter Gottstein

Israel und die Palästinenser-Frage
Probleme und Perspektiven

B 15/90
6. April 1990

Jitzhak Ben-Ari, geb. 1924 in Wien; wanderte 1939 in das damalige Palästina aus; Studium der Landwirtschaft, der Jurisprudenz und der Politischen Wissenschaft; er diente in der israelischen Armee und war an der Gründung des Polizeiwesens in Jerusalem beteiligt. Nach Aufgaben im Finanzministerium und im Büro des Premierministers wurde er im Außenministerium tätig, unter anderem als Diplomat in Paris und in Addis-Abeba; 1971 bis 1975 war er Gesandter in Bonn; Botschafter in Kopenhagen von 1975 bis 1978 und in Bonn von 1981 bis 1988.

Veröffentlichung von zahlreichen Artikeln in Zeitschriften und von Beiträgen in mehreren Sammelbänden, u. a. bei Werner Filmer und Heribert Schwan (Hrsg.), *Mensch, der Krieg ist aus!*, Düsseldorf 1985; Ulrich Gill und Winfried Steffani (Hrsg.), *Eine Rede und ihre Wirkung*, Berlin 1986.

Niels Hansen, Dr. jur., geb. 1924; von 1951 bis 1952 Assistent für Römisches Recht und Rechtsgeschichte an der Universität Genf; im deutschen auswärtigen Dienst (von 1952 bis 1989, u. a. von 1981 bis 1985 Botschafter in Israel).

Zahlreiche Veröffentlichungen in Sammelwerken und Zeitschriften, vorwiegend über außen- und sicherheitspolitische Themen.

Chaim Schatzker, Dr. phil., geb. 1928 in Lemberg/Polen; aufgewachsen in Wien; seit 1941 in Palästina/Israel; Studium der Geschichte und Erziehungswissenschaften an der Hebräischen Universität Jerusalem und an der Universität Hamburg; Professor für jüdische Geschichte an der Universität Haifa; Gastprofessor an der Universität-Gesamthochschule Duisburg und an der Hochschule für jüdische Studien Heidelberg.

Veröffentlichungen u. a.: *Jüdische Geschichte in deutschen Geschichtslehrbüchern*, 1963; *Das Deutschlandbild in israelischen Geschichtslehrbüchern*, 1979; *Die Juden in den deutschen Geschichtsbüchern. Schulbuchanalyse zur Darstellung der Juden, des Judentums und des Staates Israel*, 1981; *Jüdische Jugend im zweiten Kaiserreich*, 1988.

Peter Gottstein, M. A., geb. 1959; Studium der Politologie, der Geschichte und des Arabischen in München, Bordeaux und Damaskus; 1988 bis März 1990 Referent bei der Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen; seither Referent im Bundesforschungsministerium.

Veröffentlichungen u. a.: *Israels Haltung zur Palästina-Frage. Konzepte und Hintergründe*, in: *Verfassung und Recht in Übersee*, 22 (1989) 2; *Die PLO-Dimension israelischer Außenpolitik gegenüber Ägypten, Jordanien und Marokko*, in: *Außenpolitik*, 40 (1989) 3.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann, Dr. Heinz Ulrich Brinkmann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 5500 Trier, Tel. 06 51/46 04 186, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1985 und 1988 zum Preis von DM 25,- pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Israel und die Bundesrepublik

Eine Bilanz besonderer Beziehungen

I.

In wenigen Wochen wird es genau 25 Jahre her sein, daß die Bundesrepublik Deutschland und Israel diplomatische Beziehungen aufnahmen. Die Herstellung dieser offiziellen Beziehungen war weder ein Schlußpunkt nach einer Reihe von Schwierigkeiten, Mißverständnissen und Krisen, noch war damit ein kulminierender Höhepunkt gesetzt.

Dieses Jahrhundert hat zwei außergewöhnliche, ja einmalige Ereignisse in der langen Geschichte der Juden zu verzeichnen: die Ermordung eines Drittels des jüdischen Volkes durch die nationalsozialistische Gewaltherrschaft in Europa und die Neugründung des jüdischen Staates nach 2000 Jahren der Zerstreuung über die ganze Welt.

Nachdem das junge Israel sich 1951 an die vier Besatzungsmächte wandte und seine Forderung geltend machte, als Erbe der Opfer anerkannt zu werden, um für die Rehabilitierung der Überlebenden zu sorgen, gab am 27. September 1951 Bundeskanzler Adenauer eine Erklärung im Deutschen Bundestag ab, in der er die Bereitschaft seiner Regierung zu Verhandlungen mit Vertretern der israelischen Regierung zum Ausdruck brachte, um das Problem der materiellen Entschädigung zu lösen.

Als im Januar 1952 in der Knesseth über die Entschädigung diskutiert wurde, waren die Reden nicht nur von besonderer Härte geprägt, sondern auch begleitet von gewalttätigen Demonstrationen in der Umgebung des Parlaments. Der Regierungsvorschlag wurde bestätigt. Nachdem Übereinstimmung mit den jüdischen Organisationen in der Welt erreicht worden war, begannen die Verhandlungen, die mit der Unterzeichnung des Abkommens am 10. September 1952 erfolgreich beendet wurden. Ein Jahr nach den Verhandlungen in Den Haag über ein Wiedergutmachungsabkommen, wurde der Vertrag zum Gesetz durch die Unterschrift von

Bundespräsident Theodor Heuss und der Veröffentlichung am 21. März 1953 im Bundesanzeiger. Damit waren die Voraussetzungen für den Beginn einer de-facto-Beziehung zwischen Israel und Deutschland eingeleitet.

Es ist wahrscheinlich von historischer Bedeutung, daß die zu jener Zeit noch zugelassene Kommunistische Partei Deutschlands geschlossen gegen das Abkommen stimmte. Diese Einstellung war ein erstes Zeichen der feindseligen Haltung, die die DDR in den kommenden Jahren und Jahrzehnten einnehmen sollte. Wenngleich dieser Teil Deutschlands nicht minder zum Dritten Reich gehörte wie die Bundesrepublik, weigerte sich die DDR, nicht nur eine materielle Entschädigung an die Erben der Opfer zu erstatten, sondern überhaupt ihre historische Mitverantwortung zu bekennen.

Meinungsumfragen über die Einstellung der Bundesbürger bezeugten, daß die Deutschen zu jener Zeit sich nicht für die „Wiedergutmachung“ begeisterten. Doch das Verhalten und die Abstimmung der Bundestagsabgeordneten, deren insgesamt höhere Schulbildung ihnen mehr politisches Verständnis mitgab, zeigte mehr Besonnenheit, als die befragten Bundesbürger damals aufzubringen vermochten.

Im selben Jahr 1952 bot Bonn der israelischen Regierung die Aufnahme diplomatischer Beziehungen an. Doch Israel glaubte, der Zeitpunkt sei noch nicht reif dafür, obwohl David Ben-Gurion immer wieder betonte, daß das neue Deutschland nicht mit dem Nazi-Regime zu identifizieren sei. Am Anfang der sechziger Jahre war Israel an den diplomatischen Beziehungen interessiert, jedoch glaubte Bonn im Hinblick auf die „Hallstein-Doktrin“, daß dieser Schritt der Bundesrepublik ernststen Schaden in ihren Beziehungen mit der arabischen Welt zufügen würde.

II.

Im Januar 1963 berichtete der Israel-Korrespondent der Deutschen Presse-Agentur, Jerusalemer Regierungskreise hätten den Eindruck, daß die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel bisher an der Hallstein-Doktrin gescheitert sei. Es werde in Israel auch angenommen, daß die Bundesrepublik Deutschland in den arabischen Ländern wichtige Interessen habe, die sie nicht ohne Not gefährden wolle. In Jerusalem werde auch nicht bestritten, daß die tatsächlichen Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik gut seien und „durch die Aufnahme formeller diplomatischer Beziehungen kaum verbessert werden könnten“. Der dies berichtete, war Rudolf Küstermeier, ein angesehener deutscher Journalist, der in Israel geehrt und geschätzt wurde. Zu jener Zeit wurden fast alle Kontakte — auf dem sicherheitspolitischen, aber auch auf dem zivilen politischen Gebiet — geheim gehalten.

Die endgültige Aufnahme der diplomatischen Beziehungen 1965 fiel nicht als Manna vom Himmel. Sie brachte sogar Spannungen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands z. B. hatte sich schon seit Jahren für die Aufnahme normaler diplomatischer Beziehungen eingesetzt, die Bundestagsmehrheit war jedoch in dieser Frage geteilter Meinung. Der Fairness halber muß allerdings betont werden, daß es für eine politische Partei in der Opposition leichter ist, moralische oder ideologische Positionen einzunehmen, als für eine Regierungspartei, die ja auch auf praktische und pragmatische Überlegungen Rücksicht nehmen muß. Sicher, alle Fraktionen im Bundestag waren für gute und freundschaftliche Beziehungen, fürchteten aber, daß die formelle Aufnahme schädliche Auswirkungen auf die arabischen Länder haben und unter anderem ihr Verhältnis gegenüber dem, was damals „Zonen-Regime“ genannt wurde, ändern könnte.

Die Araber standen während des Zweiten Weltkrieges in ihrer großen Mehrheit gefühlsmäßig auf Seiten Nazi-Deutschlands. Ihr Haß gegen England und Frankreich machte sie zu Sympathisanten der aggressiven Maßnahmen Hitlers, und die Vernichtungspolitik der Machthaber Deutschlands gegenüber den Juden lud die radikalen nationalistischen Kräfte in den arabischen Ländern, wie etwa den Groß-Mufti von Jerusalem, zur Zusammenarbeit mit der SS und anderen Organisationen der Nazi-Gewaltherrschaft ein. Deshalb stützten sich die Beziehungen auch zwischen dem neuen Deutschland und den unabhängigen arabischen Ländern in wei-

tem Maße auf diese arabische Gesinnung, und die arabischen Herrscher sprachen daher von einer „traditionellen Freundschaft“. Schon bald nach der Aufnahme der Verhandlungen zwischen jüdischen Organisationen und Vertretern des Staates Israel mit der Bundesrepublik Deutschland, zu Beginn der fünfziger Jahre, begann der arabische Druck und der Versuch, die deutsch-israelischen Beziehungen negativ zu beeinflussen.

Am 13. Januar 1965 sagte Klaus Bölling, der spätere Regierungssprecher, in einem Fernsehkommentar: „Die Freundschaft mit den arabischen Völkern und Staaten . . . sollte uns wertvoll sein, und ich glaube, daß die freundschaftlichen Gefühle der Araber sich wohl nicht allein auf die Erinnerung an die militärische Aktivität des Generalfeldmarschalls Rommel gegen die Engländer im letzten Krieg gründen.“ (Weniger diplomatisch, als er es ausdrückte, verstand natürlich auch Klaus Bölling, was der Hintergrund der „traditionellen deutsch-arabischen Freundschaft im Bewußtsein der Araber“ bedeutete). Und er führte weiter aus: „Aber die Freundschaft wird in den letzten Tagen, wurde gestern und heute, auf eine sehr schwere Belastungsprobe gestellt. Der uns bekannte Standpunkt lautete, daß die arabischen Staaten die Anerkennung Ost-Berlins erwägen werden, wenn nicht gar beschließen würden, für den Fall, daß die Bundesrepublik sich entschließt, diplomatische Beziehungen zu Israel aufzunehmen. Nun sind die Araber einen Schritt weiter gegangen und meinen, daß sie diese Anerkennung des kommunistischen Deutschlands bereits in Erwägung ziehen würden, wenn die Regierung nicht auf die Waffenhilfe an Israel verzichtet, wenn sie diese Hilfe nicht einstellt . . . Ich glaube, daß die Bundesregierung sehr klar und sehr laut sagen müßte, daß sie sich dieser Nötigung unmöglich beugen kann. Wir haben in den vergangenen Jahren eine Menge Geld an Entwicklungshilfe an die arabische Welt gegeben . . . Wir müssen nun den arabischen Regierungen, das scheint eine unausweichliche Pflicht der Bundesrepublik zu sein, klarmachen, daß das freie Deutschland und das kommunistisch beherrschte Deutschland nicht zwei konkurrierende Firmen sind, die man gegenseitig im Preis steigern kann . . . Es muß gefragt werden, was sie eigentlich mit dieser Politik der Nötigung, ja man kann ruhig sagen, der Erpressung gegenüber Bonn ausrichten wollen.“

Das Auswärtige Amt unter der Leitung von Minister Gerhard Schröder erklärte wiederholt, „daß die Aufnahme diplomatischer Beziehungen nicht isoliert zu behandeln ist, sondern daß sie außenpo-

litische Belange berührt und deshalb zurückzustellen ist“ — mit offenen Worten: Das Auswärtige Amt beugte sich lange der Nötigung der arabischen Länder.

Der Durchbruch zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen, wurde mit Hilfe zweier bedeutender Persönlichkeiten erreicht: Bundeskanzler Ludwig Erhard beauftragte den Hamburger Politiker Erik Blumenfeld und seitens Israel beauftragte Premierminister Levy Eschkol den erfolgreichen und international politisch tätigen Geschäftsmann Jekutiel Federmann, sich heimlich zu treffen. Und was Diplomaten und hochrangige Politiker nicht erreichten, gelang den beiden. Federmann und Blumen-

feld fanden den Weg, um den „schwierigen Knoten“ zu entwirren. Es würde zu weit führen, hier auf die Einzelheiten einzugehen, die zu der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen dem Staat Israel und der Bundesrepublik Deutschland am 12. Mai 1965 führten. Unter den mitwirkenden Persönlichkeiten waren Vertreter aller demokratischen Parteien: Kurt Birrenbach, Rainer Barzel, Prof. Franz Böhm, Theodor Heuss, Carlo Schmid, Erich Ollenhauer, Willy Brandt, Eugen Gerstenmaier, Franz Josef Strauß, 430 Professoren, Gewerkschaftsvertreter — um nur einige zu nennen —, die sich für die Herstellung diplomatischer Beziehungen einsetzten.

III.

Die arabischen Länder versuchen weiterhin, Druck auf die israelisch-deutschen Beziehungen auszuüben, wie sie dies schon vor 30 Jahren getan hatten. Als der deutsche Bundeskanzler beabsichtigte, Israel zu besuchen, hielten es die arabischen Botschafter für richtig, sich einzumischen und kritische Bemerkungen zu äußern. Dies ist nicht die Art Israels. Als der deutsche Bundespräsident und der Bundeskanzler nach Jordanien und Ägypten fuhren, habe ich ihnen öffentlich eine gute Reise und Erfolg gewünscht, da wir der Meinung sind, daß es demokratischen Staatsmännern möglich sein sollte, unsere weniger demokratischen Nachbarn zu beeinflussen und auf diese Weise dem Frieden zu dienen. Wir sind deshalb auch für freundschaftliche Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland mit der arabischen Welt, soweit diese nicht gegen Israel gerichtet sind.

Der Besuch des deutschen Bundespräsidenten in Israel, des israelischen Staatspräsidenten in der Bundesrepublik, der Besuch des deutschen Bundeskanzlers in Israel, Reisen von Politikern der demokratischen Parteien nach Israel und israelischen Politikern in die Bundesrepublik sind Beispiele eines produktiven und vernünftigen Dialogs, der zum besseren gegenseitigen Verständnis geführt hat. Aber manche dieser Besuche haben uns auch die noch immer bestehende Sensibilität für das jüdisch-deutsche Verhältnis vor Augen geführt. Man könnte hier viele nebensächliche, aber auch schmerzliche und konkrete Beispiele dieser feinfühligsten Empfindlichkeiten aufzählen, die die öffentliche Meinung in Israel, aber auch die der jüdischen Menschen in der ganzen Welt erregen.

Es ist wahrscheinlich eine menschliche Schwäche, daß das Gedächtnis der Angehörigen derjenigen,

die anderen Leid angetan haben, weniger entwickelt und anhaltend ist, als das Gedächtnis derer, denen das Leid angetan wurde. Dies gilt auch für die Beziehungen zwischen Völkern und Ländern.

Die Aufgaben der Diplomatie in der Gestaltung der internationalen Beziehungen zu unserer Zeit sind begrenzter als in der Vergangenheit. Dennoch meine ich, daß die Tätigkeit der deutschen Botschafter in Israel und der israelischen Diplomaten in Bonn während dieser 25 Jahre ausschlaggebend für die mittlerweile erreichten guten und sinnvollen Beziehungen waren. Die Aufgabe, aus der Fülle des Informationsmaterials ein ausgewogenes und faires Meinungsbild den beiden Regierungen zu übermitteln, Konflikte und Mißverständnisse auszugleichen, mit Fingerspitzengefühl Wogen gegenseitiger Unverständnisse zu glätten — das sind und bleiben wichtige Pflichten und Aufgaben dieses Berufes. Wenn ich das salopp und musikalisch ausdrücken darf: Diplomaten versuchen die Paukenschläge der Politik und der Medien in sanfte Flötenklänge zu übersetzen.

Ich gehöre zu denjenigen in Israel, die schon seit 40 Jahren an die Aufnahme von Beziehungen mit dem neuen Deutschland geglaubt und ihren bescheidenen Beitrag dazu geleistet haben. Es gibt heute sehr wenige Menschen in Israel oder in Deutschland, die an der Richtigkeit und Weisheit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zweifeln. Der „moralische und historische Hintergrund“ besteht und wird noch lange anhalten. Wenn wir in Betracht ziehen, was in unserer Generation oder in der Generation unserer Väter den Juden von Deutschen angetan wurde, ist es fast ein Wunder, daß

wir heute von freundschaftlichen Verhältnissen sprechen können. Wir sollten auf beiden Seiten so handeln, daß nichts die neue und zarte Bindung gefährden kann!

Manche Deutsche meinen, daß 45 Jahre nach der „Endlösung“ genug Gras über die Gräber gewachsen ist. Einige von uns Israelis wiederum neigen zu einem extremen Optimismus oder Pessimismus in

bezug auf das, was wir von den Deutschen erwarten können. Beides ist falsch. Wir haben von einer verantwortungsvollen Suche nach Lösungen für die Probleme unserer Beziehungen nichts zu befürchten. Noch immer aber wird Deutschland auch nach seinem Verhältnis zu dem jüdischen Staat beurteilt, noch immer müssen Juden ihren Glauben an die Menschheit über ihr Verhältnis zu den Deutschen zurückgewinnen.

IV.

Deutsche und Israelis sind durch gemeinsame menschliche, politische und kulturelle Werte verbunden. Die besonderen Beziehungen, die es zum Beispiel zwischen deutschen und israelischen Sozialdemokraten gab, waren ein hilfreiches Glied in der Kette der sich entwickelnden Zusammenarbeit. Ich meine, daß mit keinem Land in der Welt — außer den Vereinigten Staaten von Amerika — Israel solch intensive Beziehungen entwickelt hat, wie mit den Deutschen: auf dem Gebiet der Wissenschaft und der technologischen Forschung, im Handel und in der Wirtschaft, im kulturellen Bereich und im Sport, im Jugendaustausch und den Städtepartnerschaften.

Die meisten deutschen Botschafter in Israel waren der Meinung, daß sie sich in keinem Land der Welt so gefordert und angesprochen fühlten, wie während ihrer Dienstzeit in Israel. Ich kann diesem Gefühl aus meiner langjährigen Erfahrung in Deutschland nur zustimmen. Meine Frau und ich spürten die Intensität unserer beider Länder-Beziehungen nicht nur durch offizielle Anforderungen, sondern durch außerordentlich viele Bezeugungen von Freundschaft und Unterstützung. Es erstaunte uns immer wieder zu sehen, welche vielfältigen Möglichkeiten wir hatten, unzähligen Menschen zu begegnen und Kontakte auszubauen. Diese natürlich entwickelten Beziehungen zwischen Deutschen und Israelis sind ein sicheres Fundament der offiziellen Beziehungen.

Vor kurzem jährte sich zum 30. Male das historische Treffen zwischen Konrad Adenauer und Ben-Gurion in New York am 14. März 1960. Die beiden Herren gestanden sich gegenseitig ein, daß sie wenig von Wirtschaft verstünden. Sie beschlossen daher, daß sich damit der Bankier Dr. Hermann Abs

befassen solle. Aber sie dachten auch an die Notwendigkeit, die damalige Wüste Israels, den Negev, urbar zu machen — als ein lebendiges Beispiel für die sich entwickelnde Welt in Afrika und Asien. Und David Ben-Gurion bemerkte auch, daß die kommende Generation die Ereignisse der Nazi-Gewaltherrschaft verdrängen werde, daß es aber junge Menschen in Deutschland geben werde, die sich mehr und mehr fragen würden: „Wie war es möglich?“ Und so dachten die beiden in ihren Zukunftsvisionen: Warum soll diese kommende Generation nicht auch Grund haben, auf etwas gemeinsam Erreichtes — die Urbarmachung der Wüste, und damit der hungernden Welt Brot zu verschaffen — dereinst stolz sein können?

Viel wurde von einer „deutsch-jüdischen Symbiose“ gesprochen. Gershom Sholem hat in seiner Analyse der Situation des deutschen Judentums die Auffassung vertreten, daß diese Symbiose eine Illusion war. Diese Symbiose, so meinte er, sei einseitig nur von den Juden erfunden worden, während die Deutschen sie in ihrer überwiegenden Mehrheit ablehnten.

Gerade weil es in der deutschen Politik und Geistesgeschichte 1933 zu einer radikalen Unterbrechung kam und weil es heute einen jüdischen Staat gibt, der zum Zentrum der jüdischen Kultur und Wissenschaft geworden ist, glaube ich an eine mögliche Symbiose. In manchen Gebieten wird solch eine Symbiose realisiert. Die Deutsch-Israelische Stiftung für Wissenschaftliche Forschung und Entwicklung ist ein gutes Beispiel dafür, wie diese Partnerschaft nicht nur im gemeinsamen Interesse der beiden Völker, sondern zum Guten der ganzen Menschheit angewandt werden kann.

Die Menschen in Israel verfolgten mit großem Interesse und Anteilnahme den symbolischen Fall der Mauer in Berlin und beobachteten die weiteren Entwicklungen, das Zusammenwachsen der beiden deutschen Länder. Es gibt aber auch Menschen, die mit Angst und Sorge der Vereinigung entgegensehen: Ein britischer Historiker schreibt über die Gefahren eines starken und aggressiven 4. Reiches, das Europa und die Welt wieder destabilisieren wird, wenn es seine verlorenen Gebiete zurückfordern sollte. Franzosen fürchten, daß eine neue Achse Bonn-Tokio („Berlin-Tokio“) die Weltwirtschaft erobern wird, ohne diesmal einen einzigen Schuß abzugeben. Andere fürchten, daß die Adenauer-Doktrin (Deutschland ein integraler Teil des Westens) durch die Bismarck-Doktrin (Deutschland hält die Balance zwischen Ost und West) abgelöst werden könnte. Manche Opfer der NS-Gewaltherrschaft, darunter natürlich Juden, fürchten, daß ein Großdeutschland gefährlich werden kann; sie erinnern sich, daß der deutsche Charakter zur Gewalt neigt und sehen in der Teilung eine Strafe für den Völkermord.

Ich meine jedoch, daß das Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten positiv zu beurteilen ist. Das Ziel der Deutschen wird um so schneller erreicht werden, je mehr sie mit Vernunft, Fingerspitzengefühl, Takt und in Absprache mit den beiden Großmächten und ihren Nachbarn auf eine Vereinigung wirken werden.

Die Bundesrepublik hat sich seit vielen Jahren zum Selbstbestimmungsrecht der Völker bekannt, hinzuwiegend, daß dieses Recht nicht auf Kosten anderer, nicht mit Gewalt, und nicht gegen ein anderes Volk ausgeübt werden darf. Es besteht kein logischer Grund, dieses Recht — unter gleichen Bedingungen — nicht auch in Mitteleuropa anzuwenden, wenn Bonn die Welt überzeugt, daß von deutschem Boden nie wieder Krieg oder Gewalt, sondern nur Frieden ausgehen wird.

Es ist genau 45 Jahre her, seit Amerikaner, Sowjets und Briten in Jalta die deutsche Ostgrenze dorthin verlegten, wo sie tausend Jahre zuvor Markgraf Gero an der Oder und Neisse etabliert hatte. Die Festsetzung der Grenze vor 45 Jahren war nicht als Strafe gedacht für den vom Dritten Reich begangenen Völkermord, sondern eine Anerkennung der im Krieg erreichten Tatsachen — die

Rote Armee stand bereits an dieser Linie und bei Budapest.

Westdeutsche Politiker haben mit Anstand und Mut Verantwortung und Schuld ihres Volkes für die Naziverbrechen anerkannt. Die Ostdeutschen haben sich dagegen hinter einem unehrlichen Antifaschismus versteckt. Der Faschismus, so behaupteten sie, sei das letzte Stadium des Kapitalismus und deshalb jede Schuld allein Sache der Bundesrepublik. Die Menschen in der Bundesrepublik haben sich in Freiheit mit der eigenen schlimmen Vergangenheit auseinandergesetzt. Nicht so die Deutschen in der DDR. Soweit ging ihr Widerstand gegen jedes Zeichen von Aufklärung und Sühne, daß sie sich mit besonderer Aufmerksamkeit der Aufgabe widmeten, die schlimmsten Terrororganisationen in ihrem Kampf gegen Juden auszubilden.

Hat nicht die Bundesrepublik bewiesen, daß sie ein freies, moralisches und demokratisches Land geworden ist und durch ihr faires Verhältnis zum jüdischen Staat Anspruch auf unser Vertrauen hat? Welch strategischer Unterschied besteht denn überhaupt, ob ein Land 61 oder 77 Millionen Einwohner hat?

Die Gefahren des Bösen sind nicht in dem Charakter der Deutschen zu suchen, sondern in einem unmenschlichen Regime. Die Gefahren für Juden oder für Polen liegen ganz und gar nicht in einem demokratischen Deutschland, sondern in totalitären Systemen. Das Deutschland von heute, ein Rechtsstaat und eine aufrechte Demokratie, kann nur einen positiven Einfluß auf seine undemokratischen Brüder im Osten ausüben, und ist heute als ein Freund der Juden anzusehen.

Es ist ermutigend, daß trotz des Leids der Juden durch die Vernichtung und des Hasses des Nazi-regimes in Deutschland die Begegnung zwischen Deutschen und Juden sowie das Verhältnis zwischen den beiden Staaten so vertrauensvoll, vernünftig und hoffnungsvoll aufgebaut werden konnte. Über alle politischen Schwierigkeiten hinweg, trotz unüberlegter Formulierungen von Politikern, die zu Mißverständnissen geführt haben, ist ein Verständnis zwischen Deutschen und Israelis zustande gekommen, das eine jüdisch-deutsche Zusammenarbeit ermöglichte — zum Wohle beider Völker.

Verbindungen in die Zukunft

25 Jahre diplomatische Beziehungen zwischen Deutschland und Israel

I. Normalisierung und Einzigartigkeit

Am 12. Mai 1965 erfolgte in Bonn der Austausch der Briefe von Bundeskanzler Erhard und Ministerpräsident Eschkol, mit dem die offiziellen Beziehungen unserer Länder begründet wurden. Beziehungen verschiedener – amtlicher und anderer – Art bestanden zwar schon vorher, die Errichtung von Botschaften gab ihnen jedoch den zwischenstaatlich üblichen Rahmen für ihre organische Pflege und Fortentwicklung. Er ist von beiden Seiten genutzt worden. Die angesehene „Jerusalem Post“ schrieb in einem Leitartikel am 18. Dezember 1989: „Seit 1965, als es diplomatische Beziehungen mit Israel aufnahm, ist Westdeutschland nach den USA unser engster Freund geworden.“

Gleichwohl besitzt das deutsch-israelische Verhältnis auch heute keine „normale“ Qualität. Das hat in der Tat mit dem zu tun, was wir die Vergangenheit zu nennen pflegen, mit den schlimmen zwölf Jahren nationalsozialistischer Gewaltherrschaft also, und mit allem, was in dieser Zeit den Juden durch Deutsche und im deutschen Namen – von der Verfehlung und Verfolgung bis zum millionenfachen Mord – angetan wurde. Diese Dimension zieht sich wie ein roter Faden durch die Geschichte unserer Beziehungen – vor und nach 1965. Sie beeinflusste diese und sie setzte – mehr oder weniger ausgeprägt – viele ihrer Wegmarken. Tiefe Emotionen und damit zusammenhängende Reflexionen und Reflexe spielten für die Israelis und ihre Politik dabei eine wesentliche Rolle. Zahlreiche Beispiele belegen es – in jüngerer und jüngster Zeit etwa bei der Frage deutscher Rüstungsausfuhren in arabische Länder oder bei den mehrheitlich kritischen Reaktionen auf die Perspektiven der Überwindung der deutschen Teilung nach der Öffnung der Mauer am 9. November 1989.

Gewiß, die Zeit heilt – so will es, zum Glück für alle, die menschliche Natur. Die Vergangenheit bestimmt immer weniger die konkrete Politik, die sich ja, im Interesse aller Beteiligten, in erster Linie an den Erfordernissen, Möglichkeiten und Chancen der Zukunft ausrichten muß. Unzweifelhaft fort-

schreitende Normalisierung bedeutet jedoch nicht „Normalität“. Opfer und Zeitzeugen gehen, doch geschichtliche Erfahrungen dauern an. Narben sind zurückgeblieben, sie schmerzen und zerren, und sie können verzerren. Die Juden leben wie kein zweites Volk in ihrer Geschichte, die auch vor dem – indessen schon angesichts seiner Ausmaße besonders tragischen – Holocaust eine leidvolle Geschichte gewesen ist (und wir tun übrigens gut daran, dies im Auge zu behalten, wenn wir beim Nahost-Konflikt die Sicherheitsbedürfnisse der Israelis einzuschätzen versuchen). Die Geschichte ist auch, über die Religion hinaus, ein wichtiges Symbol und Instrument ihrer nationalen Identität.

Schon die Vernunft gebietet uns Deutschen, uns darüber, so gelassen es bei diesem Phänomen möglich ist, klar zu sein. Die Jüngeren, die in das Ungeheuerliche nicht verstrickt oder gar schuldig daran gewesen sein können, blicken unbefangener zurück als diejenigen, die die Nazizeit noch bewußt miterlebt haben. Sie mag die wegweisende Rede des Bundespräsidenten vom 8. Mai 1985, die im deutsch-israelischen Verhältnis einen Meilenstein bedeutete, mit ihrem jüdischer Weisheit entlehnten Leitmotiv „Das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung“ einfacher ansprechen. Sie reagieren andererseits besonders empfindlich, wenn sie mit Kategorien der Kollektivschuld in Verbindung gebracht werden, so etwa auf die These, die Katastrophe erkläre sich aus dem deutschen Nationalcharakter. Mit all dem hängt zusammen, daß sich Forschung und Literatur in der Bundesrepublik Deutschland seit den achtziger Jahren zunehmend mit der Judenpolitik Hitlers befassen. An der Technischen Universität Berlin leitet seit 1982 Herbert A. Strauss das neben Jerusalem einzige Institut in der Welt für Antisemitismusforschung. Die Sorge vieler Juden vor dem Vergessen des Holocaust und vor der „Auschwitzlüge“ – ein wichtiger Aspekt auch des deutsch-israelischen Verhältnisses – ist meiner Überzeugung nach unbegründet.

II. Die Vorgeschichte — zwei Männer weisen den Weg

Es ist hier nicht der Platz, im einzelnen die komplizierten Entwicklungen nachzuzeichnen, die schließlich zum Botschafteraustausch führten. Konrad Adenauer und David Ben-Gurion haben dabei weitsichtig eine herausragende Rolle gespielt. Folgendes soll jedoch, da es zum allgemeinen Verständnis wesentlich ist, festgehalten werden: Die ersten Kontakte ergaben sich aus den Wiedergutmachungsverhandlungen, die im März 1952 in Wiesbaden begannen und nach sechs Monaten das Luxemburger Abkommen ermöglichten. Darin wurden Israel über einen Zeitraum von zwölf Jahren Warenlieferungen in Höhe von 3,4 Mrd. DM zugesichert und zur Vertragsabwicklung die Israel-Mission in Köln unter der Leitung von Felix Shinnar¹⁾ eingerichtet.

In dieser Zeit war Adenauer an der Aufnahme diplomatischer Beziehungen gelegen, doch hätte die israelische Regierung das aus psychologischen Gründen innenpolitisch noch nicht durchgestanden. Ihre Einstellung änderte sich indessen angesichts der zunehmenden politischen Bedeutung der Bundesrepublik Deutschland — umso mehr, als wir während des Suez-Krieges 1956 trotz amerikanischen Drängens die in Luxemburg vereinbarten, penibel ausgeführten Leistungen nicht unterbrochen hatten. Ab Mitte der fünfziger Jahre verhielt sich dagegen die deutsche Seite zögerlich, um die Aufwertung Ost-Berlins — damals und noch viele Jahre danach für uns ein Problem allerersten Ranges — durch arabische Staaten in Grenzen zu halten. Diese hatten jedes Interesse daran, Israel zu isolieren und einem deutschen Beistand entgegenzuwirken. Sie versuchten — auch mit der Androhung und Anwendung von Wirtschaftsboykott — massiv Druck auszuüben, wobei sie systematisch die DDR-Karte spielten (z. B. Eröffnung eines Generalkonsulats der DDR in Kairo 1958).

Die historische New Yorker Begegnung der beiden großen Staatsmänner am 14. März 1960 führte dann zu einem — vertraulichen — besonderen deutschen Engagement für den jungen Staat im finanziellen, rüstungspolitischen und wissenschaftlichen Bereich (vor allem Entwicklungsanleihen zu günstigen Bedingungen²⁾ bereits vorher angelaufene Lieferungen von Rüstungsgütern verschiedenster Art

in Höhe von schließlich 320 Millionen DM sowie gemeinsame Vorhaben mit dem Weizmann-Institut.

Nicht zuletzt die von Strauß und Peres konzipierte (auch israelische Exporte, z. B. von Uzi-Maschinenpistolen und die Ausbildung israelischer Soldaten an den einschlägigen Waffensystemen in Deutschland umfassende) Rüstungskooperation, die auf Dauer nicht geheimzuhalten war, führte Ende 1964 zu einer tiefgreifenden Verschlechterung des deutsch-arabischen Verhältnisses, verbunden u. a. mit der Ausrichtung eines Staatsbesuchs von Ulbricht durch Nasser im Februar 1965. Die wirre Lage, in der die Araber ihre Karten überreizt hatten, klärte sich dann kurzfristig durch die dramatische, mutige Entscheidung Erhards vom 7. März 1965, verknüpft vor allem auch mit den Namen von Barzel und Strauß, die in den drei Verhandlungsrunden von Birrenbach in Jerusalem konkretisiert wurde³⁾.

Am 16. März billigte die Knesset die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit 66 gegen 29 Stimmen bei zehn Enthaltungen (Eschkol: „Wir befinden uns alle in einem Zwiespalt zwischen Gefühl und Verstand.“)⁴⁾ Obwohl gleichzeitig — gegen Kompensation — die Sistierung der Rüstungszusammenarbeit vereinbart wurde, brachen zehn von dreizehn arabischen Ländern entsprechend einer Empfehlung der Arabischen Liga, welcher nur Libyen, Marokko und Tunesien nicht folgten, noch am 12. Mai und in den darauffolgenden Tagen ihre Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland ab, die sie erst Jahre später (zunächst Jordanien 1967, als letzte Irak und Syrien 1974) wieder aufnahmen. Im August überreichten die Botschafter Pauls und Ben-Natan ihre Beglaubigungsschreiben.

Eine Übergangszeit, in der auch andere für das Verhältnis der beiden Länder wichtige Ereignisse stattgefunden hatten (Eichmann-Prozeß 1961, Aktivitäten deutscher Raketenfachleute in Ägypten in der ersten Hälfte der sechziger Jahre, Entscheidung des Bundestags vom März 1965, das Inkrafttreten der Verjährung für nationalsozialistische Gewaltverbrechen bis 1969 hinauszuschieben) war zu Ende, ein neues Kapitel konnte beginnen.

¹⁾ Vgl. Felix E. Shinnar, Bericht eines Beauftragten, Tübingen 1967.

²⁾ Bis 1965 560 Millionen DM; vgl. Rolf Vogel, Deutschlands Weg nach Israel, Stuttgart 1967, S. 136.

³⁾ Vgl. Kurt Birrenbach, Meine Sondermissionen, Düsseldorf-Wien 1984, S. 83 ff.

⁴⁾ Zitiert in: Inge Deutschkron, Israel und die Deutschen, Köln 1970, S. 327.

III. Existenzsicherung Israels als Kernpunkt deutscher Nahostpolitik

Für die deutsche Politik gegenüber Israel hat die gesicherte Existenz des jungen Staates in dauerhaften und anerkannten Grenzen, die es ihm ermöglicht, sich ohne Druck in den von seinen Bürgern gewünschten Lebensformen zu entwickeln, höchste Priorität. Dieses vorrangige Interesse wird nicht nur durch die historische Dimension des deutsch-israelischen Verhältnisses, sondern auch durch den Wunsch bestimmt, die einzige Demokratie der Region vor der Isolierung zu bewahren und zu stützen, deren Religion westliche Kultur und Zivilisation mitgeprägt hat und deren geistige und moralische Grundwerte wir teilen. Das zu unterstreichen erscheint gerade in einer Zeit wesentlich, in der sich das West-Ost-Verhältnis dramatisch entspannt und die sicherheitspolitische Bedeutung des Nahen Ostens weniger augenfällig sein mag.

Diese Politik wird in der Tat dadurch kompliziert, daß sich die arabische Welt, zu der Deutschland — nie Kolonialmacht in diesem Raum — traditionelle Bindungen besitzt und mit der wir schon bald nach der Wiedererlangung der Souveränität, beginnend mit Ägypten und Syrien 1952, diplomatische Vertreter austauschten und zu der wir ebenfalls gute Beziehungen unterhalten wollen, mit Israel — von Ägypten seit 1979 („Kalter Friede“) abgesehen — im Kriegszustand befindet. Dieses Spannungsverhältnis ist, wie für die anderen westlichen Länder auch, eine Konstante der deutschen Nahostpolitik. Es war gerade auch vor 1965 relevant und hat, wie dargelegt, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel auf bizarre Weise mitbestimmt und überschattet.

Im Rahmen der außenpolitischen Zusammenarbeit der EG-Länder (EPZ), die 1970 begründet wurde und bei welcher die Erarbeitung gemeinsamer Positionen in der Nahostpolitik angesichts des zunehmenden Gewichts des Mittelmeerraums für die Gemeinschaft von Anbeginn an eine wichtige Rolle spielte, bewegen wir uns auch insoweit im engen Verbund mit den anderen europäischen Partnern. Dies schränkt unsere Aktionsmöglichkeiten ein, gibt uns aber andererseits die Chance, auf Konzeption und Politiken der zwölf einzuwirken. Die in Israel tätigen Botschafter der Gemeinschaftsländer sowie der Vertreter der EG-Kommission treffen alle zwei Wochen zu Konsultationen zusammen; der israelische Außenminister gibt ihnen zweimal jährlich Arbeitessen, im Außenministerium führen sie gemeinsam Demarchen durch oder erhalten Briefings usw.

Eine ausgewogene Politik der EG-Mitglieder, die konstruktive Beiträge zum Friedensprozeß leisten

wollen, liegt durchaus auch im Interesse Israels — nicht nur während der Zeit des Kalten Krieges, in der die Stärkung westlichen Einflusses in den arabischen Ländern ja besondere Bedeutung hatte. Dabei gilt es sich allerdings allgemein darüber im klaren zu sein, daß dem Handlungsspielraum der Europäer in der Region im Hinblick auf den Nahost-Konflikt jedenfalls bisher vergleichsweise enge Grenzen gesetzt waren.

Wir Deutsche haben die Interessen Israels auch in diesem Rahmen stets geltend gemacht. Es läßt sich das etwa bei der Erarbeitung von Kommuniqués oder bei der Koordinierung des Abstimmungsverhaltens bei den Vereinten Nationen und ihren Sonderorganisationen immer wieder belegen. Das trifft auch für parlamentarische Gremien, z. B. für das Europäische Parlament und die International Parliamentary Union, zu. Vor dem Beitritt Spaniens zur Gemeinschaft haben wir in Madrid mit Nachdruck und erfolgreich für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel plädiert. Auch hinsichtlich der Beziehungen zur EG setzen wir uns traditionell für dessen Belange ein.

Unsere häufig kritisch vermerkte Untersagung amerikanischer Hilfslieferungen aus deutschen Häfen an Israel während des Jom-Kippur-Krieges 1973 erfolgte bewußt erst, nachdem Jerusalem die Lage militärisch wieder in den Griff bekommen hatte, was auch von Präsident Herzog vor seinem Staatsbesuch in Deutschland ausdrücklich gewürdigt worden ist. Was unsere Haltung zur PLO anbelangt, so haben wir stets, nicht zuletzt unter dem Gesichtspunkt ihrer Einstellung zum — und des — Terrorismus, strenge Maßstäbe angelegt, und die Kontakte Bonns halten sich im Vergleich zu unseren EG-Partnern qualitativ und quantitativ an der unteren Grenze. Dies trifft auch für den Empfang von Abu Sharif durch den Staatssekretär des Auswärtigen Amts im Oktober 1989 zu, mithin zu einem Zeitpunkt, als die USA mit der PLO schon lange in einen permanenten Dialog eingetreten waren.

Diese wenigen Beispiele, die sich leicht vermehren ließen, mögen genügen, um darzutun, daß die deutsche Nahostpolitik die historische Dimension unseres Verhältnisses zu Israel bewußt im Auge behält und in Rechnung stellt. Wir haben auch in schwieriger Zeit, etwa während der Ölkrise, Kurs gehalten. Das läßt sich auch für die Frage deutscher Rüstungsausfuhren in arabische Länder sagen, wobei wir gewiß gut beraten waren, dieses Feld anderen zu überlassen und unsere äußerst restriktive Politik auch dann nicht zu ändern, wenn sich hier-

für, wie vor allem bei dem in der ersten Hälfte der achtziger Jahre vieldiskutierten Export von Leopard II-Panzern nach Saudi-Arabien, unter dem

Aspekt des Ost-West-Konflikts und der stabilisierenden Rolle der infragestehenden Empfängerländer Gründe geltendmachen ließen.

IV. Der „besondere Bilateralismus“

An der historisch bedingten Einmaligkeit, die bei Wesen und Entwicklung des komplexen Beziehungsgeflechts zwischen unseren Ländern immer wieder deutlich wird, liegt es vor allem, daß sich diese Beziehungen — in unvergleichbarer Weise — nicht nur mit den Maßstäben eigentlicher Außenpolitik messen und bewerten lassen, also etwa den Parametern der Nahostpolitik. Das erklärt sich weiter daraus, daß Israel, vorwiegend aus geographischen Gründen, keinem der großen zwischenstaatlichen oder supranationalen Zusammenschlüsse angehört, die unsere Außenpolitik umfassend bestimmen, nämlich NATO, EG und Europarat, obwohl es zu den beiden letzteren institutionalisierte Bindungen unterhält.

Das deutsch-israelische Verhältnis ist vielmehr, über die Außenpolitik im engeren Sinne hinaus, auf zahlreichen Gebieten durch eine besondere Zweiseitigkeit gekennzeichnet, die — auf Bundes-, Länder- und Gemeindeebene — zwar teilweise amtlichen Charakter hat (z. B. offizielle Besuche, Erfahrungsaustausch mit und Zusammenarbeit von Ministerien und anderen Behörden, Städtepartnerschaften), oft aber von privaten Institutionen getragen wird. Förderung durch öffentliche Mittel der zweiten Kategorie und sonstige Mischformen (Aktivitäten der politischen Stiftungen, Jugendaustausch, wissenschaftliche und kulturelle Kooperation usw.) sind häufig.

Die Beziehungen in all diesen Bereichen, zu denen auch Handelsverkehr und Tourismus gezählt werden können und die sich teilweise, wenn auch zunächst äußerst zögernd, bereits vor 1965 angebahnt hatten, zeichnen sich heute durch sehr beachtliche Intensität aus. Soweit es sich quantifizieren läßt, liegt Deutschland hier meist, von israelischer Seite aus gesehen, entweder an erster Stelle, oder aber wir nehmen hinter den Vereinigten Staaten den zweiten Platz ein. Aus deutscher Sicht steht Israel relativ, d. h. gemessen an seiner Einwohnerzahl von 4,4 Millionen, mit Abstand an der Spitze, und es besetzt auch absolut oft eine herausgehobene Position. Das ist in der Öffentlichkeit nur ungenügend bekannt und in der Literatur, soweit ich sehe, nie umfassender dargestellt worden. Als ehemaliger Botschafter in Israel vermag ich den Stellenwert dieser partnerschaftlichen Dimension unseres Verhältnisses — in die auch die Wahlkonsulate in Haifa

und Eilat eingeschaltet sind — gut zu beurteilen. Sie ist auch wegen der sich daraus ergebenden Kontakte von Eliten und Multiplikatoren wichtig. Damit besitzt sie nicht zuletzt eine menschliche Seite, trägt zum Abbau von Mißverständnissen und Vorurteilen bei und hat deshalb, von uns durchaus so gemeint, mit der Aufarbeitung der Vergangenheit zu tun. Diese hängt mit der beschriebenen Dichte — nur vordergründig paradoxerweise — zusammen.

Der Strom amtlicher Besucher aus Deutschland ist sehr breit, und er beruht zunehmend auf Gegenseitigkeit. Sämtliche Kategorien gemäß föderalistischer Struktur, Art der Staatsgewalt, Parteizugehörigkeit und Rangebene nehmen daran teil. Den Anfang machte schon 1957 Ollenhauer als SPD-Vorsitzender; herausragende Ereignisse waren die Besuche der Regierungschefs Brandt 1973, Rabin 1975, Kohl 1984 und Peres 1986 sowie vor allem die besonders gelungenen von Bundespräsident von Weizsäcker 1985 und Staatspräsident Herzog 1987, bei denen im Programm und in den bewegenden Ansprachen erneut die geschichtlich bedingte Komplexität der engen Beziehungen zum Ausdruck kam, aber auch die Notwendigkeit unterstrichen wurde, das Verhältnis unserer Völker mit dem Blick in die gemeinsame Zukunft vertrauensvoll zu gestalten.

Adenauer (1966) und Schmidt (1985) hatten Israel erst nach dem Ausscheiden aus dem Amt des Bundeskanzlers aufsuchen können bzw. wollen, wobei die Wiederbegegnung Adenauers mit Ben-Gurion im Kibbuz Sde Boker für die beiden großen alten Männer eine tiefe menschliche Faszination besaß. Die Israelis hängen treu an Freunden und Helfern in schwerer Zeit, und ich habe dies 1985 bei dem Aufenthalt von Strauß in Jerusalem und Tel Aviv deutlich gespürt, der mit ausnehmender Herzlichkeit empfangen wurde, obwohl er sich unmittelbar vorher öffentlich für die Ausfuhr des Leopard II nach Saudi-Arabien ausgesprochen hatte. Der Regierende Bürgermeister von Berlin kommt im allgemeinen im Anschluß an seine Antrittsbesuche in London, Paris und Washington auch nach Jerusalem.

Als erste Präsidenten von Knesset und Bundestag statteten Yeshayahu 1975 und Carstens 1978 mit

Delegationen Besuche ab. In beiden Parlamenten gibt es seit 1978 bzw. 1970 — unter dem jetzigen Vorsitz von Zalman Shoval und Annemarie Renner — bilaterale Ländergruppen, die bei der Ausgestaltung der Beziehungen eine Rolle spielen. Zur Zeit wirken daran auf unserer Seite 125 (von 519) Abgeordnete aller Parteien mit; zu den 28 (von 120) israelischen Teilnehmern gehören nunmehr auch Vertreter des früheren Cherut.

Anlässlich solcher Reisen wurden in den vergangenen Jahren durch die Ressortminister usw. zahlreiche Abkommen und Vereinbarungen über die Zusammenarbeit auf den verschiedensten Gebieten (Erfahrungsaustausch und gemeinsame Projekte z. B. in naturwissenschaftlicher Forschung, Technologie, Landwirtschaft, Meteorologie, Fernmeldewesen, Entwicklungshilfe in Drittländern) getroffen. Daraus hat sich regierungsseitig ein kooperatives Netz von erheblicher Intensität entwickelt, wie es jedenfalls zwischen einem europäischen und einem nahöstlichen Land einmalig ist. Auch die erfolgreiche Visite des Segelschulschiffs „Gorch Fock“ in Haifa 1988 hat seine Tragfähigkeit unter Beweis gestellt.

Die parteinahen Stiftungen von CDU, CSU, SPD und FDP unterhalten in Jerusalem oder Tel Aviv Zweigstellen und sind in partnerschaftlichen Vorhaben verschiedener Art, vor allem im Bereich der politischen Bildung, aktiv. — 1975 wurde zwischen dem Deutschen Gewerkschaftsbund und der Histadrut, der ja jenseits der eigentlichen gewerkschaftlichen Aufgaben allgemeine wirtschaftliche Bedeutung zukommt, eine Partnerschaft vereinbart, wie sie für andere Länder so nicht besteht. Sie dient einem regelmäßigen Meinungsaustausch auf vielen Gebieten und bemüht sich auch um die Koordinierung in multilateral relevanten Fragen. Kein Zufall war es, daß der neu gewählte Histadrut-Vorsitzende Kessar 1984 seine erste Auslandsreise nach Deutschland unternahm. Die meisten DGB-

Landesverbände sind mit regionalen Histadrut-Organisationen zusätzliche Bindungen eingegangen. — Die Bundeszentrale für politische Bildung bemüht sich darum, durch Vorträge, Besuchsreisen und Publikationen aller Art die Öffentlichkeit mit dem Judentum, Israel und den politischen Problemen des Nahen Ostens vertraut zu machen.

Manche Ausprägungen dieses besonderen zweiseitigen Verhältnisses gilt den Bemühungen, die Beziehungen zwischen Juden und Arabern in Israel zu bessern. Die im letzten Absatz genannten Aktivitäten sowie der — überwiegend von privater Seite finanzierte — deutsche Zweig der Jerusalem-Stiftung, mit dessen Mitteln u. a. das Arabische Gesundheitszentrum in Sheikh Jarrach errichtet wurde, sowie die Unterstützung des jüdisch-arabischen Dorfes Neve Shalom / Wahat-al-Salam und des Beit Hagefen in Haifa stellen Beispiele hierfür dar.

An dieser Stelle ein kurzes Wort über die beiden Freundschaftsgesellschaften: die Deutsch-Israelische Gesellschaft (DIG) und ihre Schwesterorganisation in Israel, die Israelisch-Deutsche Gesellschaft. Sie wurden 1966 bzw. 1971 ins Leben gerufen und werden derzeit von Erik Blumenfeld bzw. Asher Ben-Natan geleitet. Die DIG hat 29 Arbeitsgemeinschaften und über 3 000 Mitglieder. Die beiden Gesellschaften, die vor einigen Jahren Jugendforen geschaffen haben, pflegen das gegenseitige Verständnis u. a. durch Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen, Sprachkurse und Jugendaustausch, und sie melden sich auch mit Verlautbarungen zu aktuellen Fragen zu Wort. Die jährlich unter Beteiligung prominenter Politiker veranstalteten gemeinsamen Tagungen stellen bewährte Kontaktgelegenheiten dar und vermitteln wichtige Denkanstöße. Derartige Gremien gibt es natürlich auch im Verhältnis zahlreicher anderer Länder, doch ist, so scheint mir, jedenfalls in Deutschland keine aktiver als die DIG.

V. Verständigung durch Städtepartnerschaften und Jugendaustausch

Der besondere deutsch-israelische Bilateralismus wird wohl nirgendwo in quantifizierbarer Weise so deutlich wie in den Städtepartnerschaften und im Jugendaustausch. Heute gibt es über sechzig „Zwillingsverbindungen“ deutscher und israelischer Gemeinden und Landkreise, die sich seit 1975 entwickelt haben (z. B. Beersheba-Wuppertal, Haifa mit Bremen, Mainz und Düsseldorf, Herzliya-Marl, Tel Aviv mit Köln, Frankfurt und Bonn, Niedergaliläa mit dem Landkreis Hannover), und immer noch

kommen neue hinzu. Sie entfalten ganz überwiegend eine rege Aktivität (etwa gegenseitige Besuche, gemeinsame Entwicklungsvorhaben, Erfahrungsaustausch in Verwaltungsfragen, Jugendreisen, kulturelle Zusammenarbeit). Das Format dieser Partnerschaften wird richtig klar, wenn wir registrieren, daß Israel mit den Vereinigten Staaten, in denen immerhin über fünf Millionen Juden leben, als nächstem folgenden Land höchstens deren fünfzig unterhält.

Der beiderseitige Jugendaustausch ist ein weiteres eindrucksvolles, besonders bedeutsames Beispiel für Intensität und Charakter unserer Beziehungen. Schon Ende der fünfziger Jahre kamen deutsche Jugendliche, einzeln oder in Gruppen, nach Israel, wenn auch anfangs noch ohne ihre Staatsangehörigkeit nach außen zu erkennen zu geben. Seit 1961 engagieren sich Mitarbeiter der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste in Israel ständig in sozialen Aufgaben. Junge Deutsche fühlten sich auf der Suche nach neuen, reizvollen Lebensformen schon früh von den Kibbuzim angezogen, und das ist lange so geblieben. Gegenseitigkeit ergab sich indessen erst viel später.

Heute reisen, mit staatlicher Förderung und angemessen vorbereitet, jährlich etwa 7 000 Jugendliche aus Deutschland nach Israel und über 3 000 israelische Mädchen und Jungen nach Deutschland. Der Austausch findet im Rahmen verschiedener Programme (zahlreiche Schulpartnerschaften, konfessionelle Gruppen, Gewerkschaften, Rotary usw.) statt, die amtliche oder private Träger besitzen und in Deutschland aus dem Bundesjugendplan und/oder durch Länder und Gemeinden, in Israel teilweise seit 1973 über den Öffentlichen Rat für

den Austausch Jugendlicher und junger Erwachsener unterstützt werden können. Der jährlich zusammentretende Gemeinsame Fachausschuß entscheidet über die Verteilung der zur Verfügung stehenden Mittel und bemüht sich um eine gewisse Koordinierung. In unserer Botschaft ist jetzt ein eigener Jugendattaché tätig. Hinsichtlich der aufgewendeten Steuergelder nimmt Israel bei uns nach Frankreich (Deutsch-Französisches Jugendwerk) den zweiten Platz ein, während wir für Israel weit an der Spitze liegen.

Wir sollten uns weiterhin darum bemühen, am Jugendaustausch — ebenso wie an anderen Unternehmungen unserer bilateralen Zusammenarbeit — die aus den afrikanischen und asiatischen Ländern eingewanderten Israelis und ihre Nachkommen, die heute zahlenmäßig bereits die Mehrheit der Bevölkerung ausmachen, zu beteiligen. Bundeskanzler Kohl ist 1984 — als erster ausländischer Politiker von Rang — mit einer repräsentativen jemenitisch-jüdischen Gruppe in Jerusalem zusammengetroffen. Auch die Araber des israelischen Kernlandes gilt es angemessen zu berücksichtigen, was bisher auch keine grundsätzlichen Probleme aufgeworfen hat.

VI. „Es ist der Geist, der sich den Körper baut“

Ein sehr hoher Stellenwert im Verhältnis unserer Länder ist ihrer engen wissenschaftlichen Zusammenarbeit beizumessen, aus der sie beide beträchtlichen Nutzen ziehen. Alle sechs israelischen Universitäten, die ebenso wie das Weizmann-Institut Fördergesellschaften in Deutschland besitzen, unterhalten nunmehr mit deutschen Hochschulen elf Partnerschaften. Verschiedene Lehrstühle natur- und geisteswissenschaftlicher Disziplinen sind bei ihnen mit unserer Unterstützung errichtet worden. Zahlreiche gemeinsame Forschungsvorhaben in Israel werden zweiseitig finanziert, wobei heute der 1986 gegründeten Deutsch-Israelischen Stiftung für Wissenschaftliche Forschung und Entwicklung, zu der die Partner je 75 Millionen DM beitragen, besondere Bedeutung zukommt. Den intensiven Austausch von Professoren und Studenten erleichtern Stipendien. Allgemein spielen in Deutschland hier neben der Bundesregierung nicht zuletzt die Deutsche Forschungsgemeinschaft, der Deutsche Akademische Austauschdienst, die Humboldt-Stiftung und die Volkswagen-Stiftung eine wichtige Rolle.

Die naturwissenschaftliche Kooperation, die den Schwerpunkt darstellt, symbolisiert israelischerseits das Weizmann-Institut. Zwischen ihm und der Max-Planck-Gesellschaft bestanden bereits früh Kontakte, die sich im Verfolg des Besuchs einer

Delegation, der u. a. die Nobelpreisträger Hahn und Lypn angehörten, 1959 in Rehovot und der New Yorker Begegnung von Ben-Gurion und Adenauer 1960 im Rahmen des Minerva-Komitees vor allen in den Bereichen der Grundlagenforschung laufend ausgeweitet und vertieft haben. Deutschland ist seit längerem — nach den USA — der engste Partner des berühmten Forschungs- und Lehrzentrums⁵⁾.

Auch der kulturelle Austausch ist über die Jahre nach den verschiedensten Kriterien überdurchschnittlich rege geworden. Dies gilt für bildende Kunst, Musik und Tanz, aber auch für Literatur, Film und Theater, bei dem die Möglichkeiten der Simultanübersetzung genutzt werden. Die gegenseitige Beteiligung an den großen Buchmessen von Frankfurt und Jerusalem ist qualitativ und quantitativ gewichtig und steigt weiter an. Bei Kultur und Wissenschaft vermögen wir wohl an das anzuknüpfen, was manche für die Weimarer Zeit, allerdings — gerade im nachhinein begrifflicherweise — bestritten⁶⁾, als deutschjüdische Symbiose bezeichnet

⁵⁾ Vgl. Dietmar K. Nickel, Es begann in Rehovot. Die Anfänge der wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Israel und der Bundesrepublik Deutschland, Zürich 1990.

⁶⁾ Vgl. z. B. Yohanan Meroz, In schwieriger Mission, Berlin-Frankfurt 1986, S. 136 ff.

haben, wenn sie von Hitler auch unwiederbringlich zerstört worden ist. Daß diese Tragödie in den Kulturbeziehungen ihre Rolle spielt, liegt auf der Hand. Die zweiseitigen Schulbuchempfehlungen von 1985 legten die Kriterien fest, nach denen das Bild der beiden Völker in den Lehrmaterialien objektiv und ohne Verzerrungen gezeichnet werden soll; die daraus resultierenden Kontakte tragen zu Verständnis und Verständigung bei.

1969 war die der Öffentlichkeit zugängliche Bibliothek des Berliner Kinderarztes Dr. Hirsch von der Botschaft übernommen worden. Sie bildete dann den Grundstock des 1979 eingerichteten Tel Aviver Goethe-Instituts, dem sich 1985 die Nebenstelle Jerusalem angliederte⁷⁾. Die Institute finden mit ihrem anspruchsvollen Programm guten Widerhall. Sie erteilen auch Sprachunterricht, doch vermögen ihre Kapazitäten von jährlich rund 1 200 Schülern den Bedarf schon lange nicht mehr zu decken: Seit den siebziger Jahren ist, übrigens auch seitens der aus dem Orient stammenden Juden, ein wachsendes Interesse an der deutschen Sprache festzustellen, obwohl — oder weil — diese in Israel mit dem Ableben der Einwanderer aus dem deutschen Sprachraum immer weniger Verwendung findet. Seit 1977 besteht an der Hebräischen Universität Jerusalem als germanistischer Fachbereich die Deutsche Abteilung, die jedoch nur den akademischen Grad des B. A. verleiht; ihr Ausbau auf das Niveau der anderen Fachbereiche mit Magister-Abschluß wäre ein erheblicher Fortschritt.

Sprachen sind in der Tat in vielerlei Weise mit Emotionen befrachtet, und die deutsche war nach 1933 in Israel von der Mehrheit geächtet worden. Als

Außenminister Sharett gefragt wurde, wie er sich 1952 bei der Unterzeichnung des Luxemburger Abkommens mit Adenauer verständigt habe, erwiderte er: „In der Sprache Goethes und Schillers“ (nicht etwa: Herzls). 1961 wurde bei der Aufführung von Beethovens Neunter anlässlich des 25jährigen Gründungsjubiläums des Israelischen Philharmonischen Orchesters die Sprache Schillers auf englisch vermittelt⁸⁾. Im israelischen Rundfunk (der für die Einwanderer und das Ausland in zahlreichen Sprachen sendet) und im Fernsehen wird bis heute kein Deutsch gesprochen, und in den Schulen konnte es bis vor kurzem nicht gelehrt werden. Bei diesen ist jetzt ein Durchbruch zu verzeichnen: In zwei Gymnasien in Haifa und Kfar Saba wird seit November 1989 im Wahlfach als Fremdsprache Deutsch unterrichtet. In Tel Aviv konstituierte sich unlängst ein „Verein deutschsprachige Schule“, wofür sich auch der als Kind aus Berlin eingewanderte Oberbürgermeister Lahat nachdrücklich eingesetzt hatte. Im Fernsehen kann man nunmehr das Programm von 3 SAT empfangen. — Die langwierige Entwicklung zeigt vielleicht besser als vieles andere, daß die Normalisierung fortschreitet, daß dies jedoch keine Normalität bedeutet.

Der Sport soll hier ebenfalls kurz erwähnt werden. Er hat für unsere Beziehungen über seine gesellschaftliche Funktion hinaus auch unmittelbare politische Bedeutung, weil sich die deutschen Fachverbände immer wieder — zum Teil erfolgreich — für die weitestmögliche Anbindung Israels an Europa eingesetzt haben, um seiner regionalen Isolierung auch insoweit entgegenzuwirken.

VII. Weitere Verbindungen und Bindungen

Die meisten der hier geschilderten Aktivitäten haben mit Reisen zwischen den beiden Ländern zu tun. Ganz allgemein nimmt Deutschland im Tourismus nach Israel schon seit längerem hinter den USA (1988: 250 000) den zweiten Platz (172 000) ein. Bei diesem Strom, der sich aus einem dünnen Rinnsal (1950: 180, davon 172 Juden) besonders nach 1965 (rd. 10 000) entwickelte, handelt es sich häufig — gewiß stärker als bei anderen Ländern — um auch vor dem Hintergrund der jüngeren Geschichte zu sehende Bildungsreisen. Dieser Tourismus wurde und wird — damit zusammenhängend — durch tagespolitische Ereignisse offenbar durchaus beeinflußt (vorübergehender Rückgang um fast ein Drittel nach den Angriffen Begins auf

Schmidt unter Verfechtung der Kollektivschuld-These 1981, aber auch, z. B. während des Libanonkriegs und seit der Intifada, aus Sorge um die persönliche Sicherheit).

Die Zahl der israelischen Reisenden nach Deutschland hat seit 1965 ebenfalls ganz erheblich zugenommen (1987: 135 000), und in den Jahren 1983/84 kamen sogar mehr Israelis nach Deutschland als umgekehrt⁹⁾. Für den deutschen Botschafter sind es Erfolgserlebnisse, wenn er Israelis dazu bewegen kann, noch bestehende Zurückhaltung aufzugeben und Deutschland zu besuchen.

⁷⁾ Vgl. Ilse Valerie Cohnen, Entstehung und Auftrag der Bibliothek des Goethe-Instituts Tel Aviv, in: Mitteilungsblatt des Verbandes der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen, 36 (1986) 1.

⁸⁾ Vgl. I. Deutschkron (Anm. 4), S. 77 und 184.

⁹⁾ Die Zahlen sind weitgehend dem Buch von Michael Wolffsohn, Ewige Schuld? 40 Jahre deutsch-jüdisch-israelische Beziehungen, München-Zürich 1988, entnommen, der dem Tourismus ein eigenes Kapitel gewidmet hat (S. 102 ff.).

Es überrascht nicht, daß wir (seit 1976) — nach den USA (1988: 5,14 Mrd. Dollar) — der zweitwichtigste Handelspartner Israels sind. Die Israelisch-Deutsche Industrie- und Handelskammer in Tel Aviv sowie die israelischen Handelszentren in München und Köln haben sich als Vermittler bewährt. Seit jeher überwiegen — wie allgemein im Außenhandel Israels und ja auch bei den meisten anderen Ländern uns gegenüber — die Einfuhren (1988: 2,33 Mrd. DM, in erster Linie industrielle Roh- und Vorprodukte — z. B. der Elektrotechnik, Chemie usw., Kraftfahrzeuge und Maschinen) die Ausfuhren (1,26 Mrd. DM, vor allem industrielle End- und Vorerzeugnisse — Textilien, Chemie usw. —, Obst und Gemüse); das Defizit wird indessen teilweise durch den Tourismus wieder ausgeglichen. Die Warenlieferungen gemäß dem Luxemburger Abkommen haben uns den Einstieg in den israelischen Markt erleichtert. Von einem Boykott ist ernsthaft schon längst nicht mehr die Rede — wohl jedoch vom Boykott arabischer Länder gegen deutsche Firmen, die mit Israel in Geschäftsbeziehungen stehen, über welches Problem in den letzten Jahren zwar weniger gesprochen wird, das aber immer noch Bedeutung besitzt.

Das Ungleichgewicht von Import und Export ist auf strukturelle Gründe und auf gewisse Erschwernisse im Zugang vor allem von landwirtschaftlichen Produkten zum Gemeinsamen Markt zurückzuführen. Wir haben uns bei der EG, die mit Israel ein Kooperationsabkommen unterhält¹⁰⁾, immer wieder zum Anwalt israelischer Anliegen gemacht. Zum Beispiel wurden 1983 Leistungen gemäß dem Finanzprotokoll, die während des Libanonkrieges ausgesetzt worden waren, auf unser Drängen als Vorsitzmacht wieder aufgenommen. Außenminister Genscher erreichte 1988 als Ratsvorsitzender in schwie-

¹⁰⁾ Das 1975 gemäß Artikel 238 EG-Vertrag geschlossene unbefristete Abkommen sieht die schrittweise Errichtung einer Freihandelszone vor. Die EG beseitigte 1977, bis auf einige Ausnahmeprodukte, die Zölle für gewerbliche Güter aus Israel, und dieses liberalisierte 1989 die Importe von EG-Industriewaren. — Im Agrarbereich erhielt Israel für seine wichtigsten Ausführprodukte jahreszeitlich abgestufte Zollpräferenzen. Die durch die Süderweiterung erforderlich gewordenen Anpassungsprotokolle von 1987 sollen die traditionellen israelischen Agrarausfuhren in die Gemeinschaft auch weiterhin garantieren; bei Zitrusfrüchten werden während einer Übergangszeit bis Ende 1995 die gleichen Erleichterungen wie für Spanien und Portugal gewährt. — Das Kooperationsabkommen wurde 1977 durch ein Zusatzprotokoll zur Förderung der Zusammenarbeit in den Bereichen Produktion, Absatzförderung, industrielle Entwicklung, Landwirtschaft, Direktinvestitionen, Wissenschaft, Technologie und Umweltschutz ergänzt. — Das 3. Finanzprotokoll von 1987 hat einen — erweiterten — Rahmen von 63 Millionen ECU (rd. 126 Millionen DM), mit dem Vorhaben gefördert werden, die in Israel zu einer Produktivitätssteigerung oder zur Komplementarität der beiden Volkswirtschaften beitragen und insbesondere der Industrialisierung Israels zugute kommen.

rigen Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament dessen — bis zur Schlußabstimmung noch offenes — Einverständnis zu den Anpassungsprotokollen, nach dem Israel der Direktlieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus Gaza und Westbank zugestimmt hatte.

Die private wirtschaftliche Zusammenarbeit, bei welcher die Deutsch-Israelische Wirtschaftsvereinigung in Frankfurt Hilfestellung leistet, ist fruchtbar. Die deutschen Direktinvestitionen in Israel, überwiegend in den Sektoren Beherbergung, Banken und Industrie, belaufen sich immerhin auf etwa 500 Millionen DM. Israelische — vor allem chemische und elektrotechnische — Unternehmen investieren in Deutschland auch auf dem Gebiet der Hochtechnologie (Computerbau). Erwähnenswert ist die Kooperation einer israelischen und einer deutschen Firma beim Bau von Solarkraftwerken in den USA.

Seit 1966 erhält Israel, in Ablösung der 1960 zwischen Ben-Gurion und Adenauer vereinbarten Leistungen, von der Bundesregierung projektgebundene zinsgünstige Darlehen in Höhe von jährlich 140 Millionen DM zur Entwicklung seiner Wirtschaftsstruktur. Ab 1985 ist es hier aufgrund des Tilgungs- und Zinsendienstes Nettozahler, und von 1989 an wurden ihm nochmals verbesserte Bedingungen eingeräumt. — Seit jeher werden in Deutschland von staatlicher, aber auch von privater Seite Israel-Bonds gezeichnet, die zumindest früher weniger ertragreich waren als sonstige Obligationen. Auch im Rahmen des Sozialversicherungsabkommens von 1973 fließen namhafte Beträge nach Israel.

Das umfassende Werk der individuellen „Wiedergutmachung“ gehört begrifflich nicht hierher, doch geht von den insgesamt fällig werdenden Leistungen in Höhe von weit über hundert Milliarden DM ein erheblicher Teil — bisher vermutlich etwa 25 Milliarden DM — an israelische Berechtigte, und das hat bei der positiven Entwicklung der Beziehungen natürlich eine nicht zu unterschätzende Rolle gespielt.

Der beschriebene „besondere Bilateralismus“¹¹⁾ in seinen vielfältigen Ausprägungen, die im Rahmen dieses Beitrags nur stichwortartig dargestellt werden konnten, ist durchaus einmalig und für das deutsch-israelische Verhältnis typisch. Er stellt in gewissen Bereichen zwar einen mehr oder weniger unmittelbaren materiellen Beistand für Israel in sei-

¹¹⁾ Vgl. Niels Hansen, Fortgeschrittene Partnerschaft, in: Tribüne, (1983) 87; ders., Ungewöhnliche Partnerschaft, in: ebd., (1985) 94; ders., Beständige Verständigung, in: ebd., (1990) 113.

ner nach wie vor schwierigen Lage dar, doch ist dieser Aspekt nicht vorwiegend oder gar ausschlaggebend. Die engen kooperativen Strukturen, die gegenseitiges Interesse widerspiegeln und im Interesse beider Seiten liegen, bewirken nicht zuletzt menschliche Bindungen und Affinitäten, die es mit

ihrer Hilfe weiterzuentwickeln gilt. Das ist ein komplexer, schwieriger Prozeß, der über die Tagespolitik hinaus Geduld und langen Atem erfordert. Er trägt zu Normalisierung bei, gerade weil er einen besonderen Charakter besitzt und ihn behalten wird.

VIII. Befangenheit und Öffnung

Andererseits gibt es auch heute in Israel durchaus noch politische Kräfte, die gegenüber vertrauensvollen Beziehungen zu Deutschland skeptisch, sogar ablehnend eingestellt sind. Von der äußersten Linken abgesehen, die jetzt jedoch nicht mehr die gleiche Rolle wie früher spielt, sind dies traditionell Teile des Cherut und der noch weiter rechts stehenden Parteien, die ja anfänglich — etwa bei der Aufnahme der Verhandlungen über das Luxemburger Abkommen und auch der diplomatischen Beziehungen — jederlei Kontakt mit Deutschland verbissen bekämpften. Begin, der nahe Angehörige im Holocaust verlor, hat dabei eine prominente Rolle gespielt. Für ihn waren Gespräche mit Deutschen „schlimmer als der Tod“, Schadenersatz lehnte er als „Blutgeld“ ab¹²⁾. Als Regierungschef brach er 1981, mit einem Rückfall 1983, schrill den bekannten Zwist mit Bundeskanzler Schmidt vom Zaun, der sich allerdings, wie einzuräumen ist, nach einem Besuch in Riad in einem Interview — am Holocaust-Gedenktag — in verschiedenen Punkten jedenfalls mißverständlich ausgedrückt und in Israel vor allem den Eindruck erweckt hatte, er habe, dazu ohne Ausschwitz überhaupt zu erwähnen, einer Art deutscher Mitverantwortung für die palästinensischen „Vertriebenen und Flüchtlinge“ das Wort reden wollen.

Der deutsche Botschafter wird — im Gegensatz zum österreichischen — nach wie vor nicht zur Teilnahme an der jährlichen Holocaust-Gedächtnisveranstaltung in Yad Vashem eingeladen, was in der Tat eine — bittere — grundsätzliche Bedeutung besitzt. Der Cherut hatte formal bis zur endgültigen Verschmelzung mit den Liberalen zum Likud 1988 immer noch nicht einen Beschluß aus den fünfziger Jahren aufgehoben, auf Parteiebene mit Deutschland keine Verbindungen zu pflegen, und der aus dieser Bewegung kommende derzeitige Knessetpräsident, selbst den Vernichtungslagern entronnen, erklärte nach seiner Amtsübernahme ausdrücklich, er lehne für seine Person Zusammentreffen mit deutschen Politikern ab. Ob eine solche

Haltung heute noch starken Widerhall findet, ist indessen unwahrscheinlich, was auch Meinungsumfragen aus jüngerer Zeit bestätigen.

Das immer breitere und dichtere Beziehungsgeflecht, wie es im „besonderen Bilateralismus“ seinen Ausdruck findet, beweist, daß der weit überwiegende Teil der israelischen Bevölkerung bereit ist, mit einem neuen Deutschland, das die Vergangenheit nicht zu verdrängen sucht, zunehmend enge Verbindungen zu knüpfen und Bindungen zu unterhalten. Als eindrucksvolles Beispiel für die aufgeschlossene und im besten Sinne liberale Gesinnung maßgeblicher Israelis mag hier die Wahl des deutschen Botschafters zum Präsidenten des größten Rotary Clubs des Landes in seinem fünfzigsten Jubiläumjahr erwähnt werden. Ganz allgemein sprechen die demoskopischen Erhebungen dafür, daß die in Israel geborenen „Zabarim“, die aus den orientalischen Ländern eingewanderten Juden und die jüngere Generation gegenüber Deutschland unbefangener sind als die anderen. Das erscheint einleuchtend wenn man sich dabei auch vor Vereinfachungen zu hüten hat¹³⁾.

Die etwa 60 000 aus Deutschland stammenden, weit mehrheitlich nach 1933 eingewanderten Israelis, die „Jeckes“¹⁴⁾, zu denen in gewisser Weise auch die in Österreich, Czernowitz und anderen deutschen Sprachgebieten geborenen zählen, haben an der günstigen Entwicklung der Beziehungen — wie dankbar zu vermerken ist — gewichtigen Anteil. Dabei spielen kulturelle Einflüsse und wohl auch das Vermögen eine Rolle, besser zu differenzieren und Klischees zu relativieren.

Hier ist der Platz für ein ganz kurzes Wort zur Rolle der jüdischen Bürger der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlins im Gewebe der Beziehungen

¹²⁾ Asher Ben-Natan, Von Krisen nicht verschont geblieben. Die Entwicklung der deutsch-israelischen Beziehungen seit 1951, in: Tribüne, (1988) 106, S. 77.

¹³⁾ Vgl. M. Wolffsohn (Anm. 7), S. 99; ferner ders., Deutsch-Israelische Beziehungen. Umfragen und Interpretationen 1952—1983, München 1986.

¹⁴⁾ Vgl. Shlomo Erel, Neue Wurzeln — 50 Jahre Immigration deutschsprachiger Juden in Israel, Stuttgart 1983, S. 14.

der beiden Staaten¹⁵). Heute gibt es bei uns — leider — nur noch rund 28 000 (1933: über 500 000) Juden, zu denen etwa 6 000 bis 8 000 bei ihren Gemeinden nicht registrierte hinzuzuzählen sind — zu zwei Dritteln Überlebende des Holocaust aus Osteuropa, mit ihren Nachkommen, die unmittelbar nach dem Krieg oder auch später in Deutschland ansässig wurden. In Israel stieß es lange auf Unverständnis, daß Juden hier lebten, was im Zeitverlauf aber einer nuancierteren Betrachtungsweise Platz gemacht hat. Ihre Einstellung zu Deutschland ist, auch damit verknüpft — komplex und immer noch sehr gefühlbetont, doch hat sie mit den Jahren an Unbefangenheit gewonnen. Die ab 1949 ins Leben gerufenen 66 Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit (Mitgliederzahl rund 18 000), deren dreiköpfigem Koordinierungsrat ein Rabbiner angehört, bemühen sich engagiert um Dialog, Verständnis und Vertrauen. Die jüdische Gemeinschaft, deren Repräsentanten an den beidseitigen Besuchen der Staats- und Regierungschefs teilnehmen, setzen sich aktiv für ein gutes und intensives deutsch-israelisches Verhältnis ein. Auch diese vielschichtigen Zusammenhänge gehören zum besonderen Charakter der Beziehungen unserer Länder.

In der Bundesrepublik Deutschland waren enge Verbindungen mit Israel in den politischen Parteien und bei der Bevölkerung stets unbestritten. Das gilt auch für die Zeit der ersten Hälfte der sechziger Jahre, als Israel an der Aufnahme diplomatischer Beziehungen gelegen war, dies seitens der Bundes-

regierung jedoch hinhaltend behandelt wurde. Die Entscheidung von Erhard, deren Vorgeschichte und Abwicklung gewiß nicht als Meisterleistung deutscher Politik gelten können, wurde von der Öffentlichkeit gutgeheißen.

Das Image Israels in Deutschland hat, was die Meinungsumfragen belegen, trotz tagespolitisch bedingter Schwankungen eine positive Grundtendenz. Einen Höhepunkt stellte zweifellos der Sechstagekrieg 1967 dar (was dann auch Rückwirkungen auf das Deutschlandbild in Israel und, wie ich mich aus meiner Tätigkeit beim Generalkonsulat New York lebhaft erinnere, allgemein bei den Juden hatte). Der „Sympathiebonus“¹⁶) zugunsten Israels im Verhältnis zu den arabischen Ländern blieb, mit Ausschlägen im demoskopischen Diagramm nach unten während der Ölkrise, als Folge der Kontroverse zwischen Begin und Schmidt 1981/83 sowie des Libanonkriegs, bis 1987 deutlich erhalten. Seit Ausbruch der „Intifada“ und der — oft einseitig dargestellten — darauf gerichteten israelischen Politik in der Westbank und Gaza hat Israel jedoch, wenn auch vielleicht weniger ausgesprochen als in den anderen westlichen Ländern, wachsende Imageprobleme. Man kann davon ausgehen, daß die jüngere Generation (zur „Intifada“ werden etwa beim Jugendaustausch zunehmend kritische Fragen gestellt) sowie der linke und rechte Rand des politischen Spektrums stärker mit den Palästinensern sympathisieren als die Älteren und die etablierten politischen Parteien.

IX. Rück- und Ausblick

Die deutsch-israelischen Beziehungen haben sich in den letzten zweieinhalb Jahrzehnten in einer Weise positiv gestaltet, wie es 1965 wohl niemand für möglich gehalten hat. Sie sind heute in vielen Bereichen enger als diejenigen zwischen den meisten anderen Staaten. Das ist eine Entwicklung der Nachkriegsgeschichte, deren Bedeutung nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

Dies gilt, wie der guten — oder besser: schlechten — Ordnung halber hinzugefügt werden muß, nicht für die DDR. Sie unterhält mit Israel bekanntlich keine diplomatischen oder sonstigen Beziehungen. Zwar traf das bis vor kurzem auch für die meisten anderen Staaten Ost- und Mitteleuropas zu, welche die Kontakte zu Israel — mit Ausnahme

Rumäniens — 1967 abgebrochen hatten, doch ist leider festzuhalten, daß die Ost-Berliner Regierung so unnachgiebig und geschäftig wie kaum ein anderes Mitglied des Warschauer Pakts den Direktiven Moskaus für eine Politik der Isolierung Israels gefolgt ist. Das DDR-Regime leistete, als „Hort des Antifaschismus“ vorgeblich von den nationalsozialistischen Untaten nicht betroffen, auch keine materielle Entschädigung, was es uns überließ; es hat sich, zögernd und dürftig, erst 1988 dazu bereit erklärt. Der — über ein halbes Jahrhundert nach 1933 — bekundete Sinneswandel kam sehr spät.

Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen stellte eine wichtige Zäsur im Verhältnis unserer Länder dar. Sie ermöglichte erst die erzielten Fortschritte — auch bei der Ausgestaltung des „besonderen Bilateralismus“, der ja zum Teil nichtstaatlichen Charakter besitzt. Bedeutende israelische Botschafter in Bonn waren dafür mit maßgeblich. Ob sich seit

¹⁵) Vgl. Micha Brumlik/Doron Kiesel/Cilly Kugelmann/Julius H. Schoeps (Hrsg.), Jüdisches Leben in Deutschland seit 1945, Frankfurt 1988.

¹⁶) So M. Wolffsohn (Anm. 9), S. 99.

1965 klar abgrenzbare Etappen bestimmen lassen, erscheint mir fraglich. Es war eine kontinuierliche Entwicklung, die allerdings von der aktuellen Politik in gewissem Umfang — positiv oder negativ — beeinflusst wurde.

Es verwundert nicht, daß dabei emotional sensitive Ereignisse eine Rolle gespielt haben: Etwa die nachdrückliche Parteinahme der Bevölkerung in Deutschland für Israel im Sechstagekrieg, die weitere Verjährungsdebatten im Bundestag, der vorübergehende Aufschwung der NPD und nun gewisse Erfolge der Republikaner, der Anschlag auf die israelische Olympiamannschaft in München 1972, die KZ- und Einsatzgruppenprozesse — auch jetzt gegen Demjanjuk —, judenfeindliche Schmierereien und andere antisemitische, auch antizionistische — oder als solche empfundene — Handlungen, die Nahost-Erklärung der EG von Venedig, die Auseinandersetzungen zwischen Begin und Schmidt, erwogene deutsche Rüstungsexporte in arabische Staaten, Sabra und Shatila, Bitburg, die Rede des Bundespräsidenten, der „Historikerstreit“, das Fassbinder-Stück und schließlich die „Intifada“, die israelische Politik zu ihrer Bekämpfung und die darüber vor zwei Jahren im Bundestag abgehaltene Debatte.

Der allgemeine Entwicklungsprozeß ist durch gegenläufig wirkende Begebenheiten, sofern sie Episoden blieben, — dies ist auch meine Erfahrung vor Ort — indessen bisher nur marginal beeinträchtigt

worden, obwohl die Medien beider Länder, jeweils ausgiebig vertreten, bei ihrer Behandlung ja nicht zimperlich zu sein pflegen.

Das deutsch-israelische Verhältnis beginnt sich zu konsolidieren. Wir sind auf dem richtigen Weg. Vertrauen stellt sich ein. Auch lange Zeit hindurch skeptische Israelis spüren, daß man sich auf das neue Deutschland verlassen kann. Die Intensität unserer Beziehungen, die einzigartigen Charakter haben, ist jedoch kein Grund, die Hände in den Schoß zu legen. Es lohnt sich, sie weiter auszubauen. Dem wird die Lösung des Nahost-Konflikts förderlich sein, die der leidgeprüften Region endlich den erhörten, umfassenden Frieden bringen muß und die trotz aller Probleme und Schwierigkeiten unabdingbar und dringlich ist.

Die Aussichten für die weitere Entwicklung sind gut. Grundlage ist die demokratische Staatsform, die nunmehr auch auf den östlichen Teil des bald vereinigten Deutschlands ausgedehnt wurde und für die es in beiden Ländern keine Alternativen gibt. Die Zukunft hält für die zwei Völker bedeutende Herausforderungen bereit. Manche haben globales Ausmaß und sind nur global zu bewältigen. Eine enge deutsch-israelische Zusammenarbeit wird dafür zum Nutzen aller wesentliche Beiträge leisten können. Es gilt den Blick in die Zukunft zu richten, ohne die Vergangenheit daraus zu verlieren.

Die Bedeutung des Holocaust für das Selbstverständnis der israelischen Gesellschaft

I.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde die Shoah — der Holocaust — weder im israelischen Erziehungswesen noch in der israelischen Gesellschaft als Thema aufgegriffen. Es waren dies gleichzeitig die Jahre der Enthüllung der Shoah, ihres Ausmaßes und ihrer Folgen durch Bücher, Zeugen, Gerichtsprotokolle und andere Quellen; Jahre, in denen die Immigration eines großen Teils der Überlebenden nach Mandatspalästina erfolgte, und schließlich die Jahre des Befreiungskrieges und der Staatsgründung. Das Thema des Holocaust jedoch wurde kaum als selbständige Unterrichtseinheit in die jeweiligen Lehrpläne der israelischen Schulen aufgenommen. Die Behandlung des Schicksals der Juden im Dritten Reich wurde entscheidend dadurch bestimmt, daß die jähe Enthüllung der vorher entweder nur bedrohlich geahnten und in ihrem Ausmaße ganz unvorstellbaren Wahrheit oder vielleicht des schon Gewußten, aber nicht bewußt gewordenen mit dem Kriegsende schlagartig erfolgte. Diese Enthüllungen wurden zunächst nicht als Wahrnehmung eines kontinuierlichen geschichtlichen Prozesses empfunden, der mit rationalem historischem Kausalitätsdenken zugänglich und erfassbar wird, sondern vielmehr als die einen traumatischen Effekt auslösende Katastrophe — Shoah. Dies bewirkte die folgenden vier, noch im einzelnen näher zu erklärende Tendenzen, die die Einstellung der israelischen Gesellschaft zum Holocaust bestimmten.

Die erste: Die begriffliche Hilflosigkeit im Erfassen und Ergründen des Geschehens hatte eine dämonisierende Auffassung und Verteufelung der Täter zur Folge, nicht unähnlich der Projizierung des Bösen auf dämonische Ungeheuer und Teufel. Stichwort: Dämonisierung.

Die zweite: die Unfaßbarkeit des Holocaust. Die vergeblichen Bemühungen einiger Überlebender, die Dimensionen jenes „anderen Planeten“ denjenigen, die es selbst am eigenen Leibe nicht erfahren hatten, zu vermitteln, ihr verzweifelter Drang, den Holocaust als neuen Eckstein und Kriterium der Menschheit wie der *condition humaine* zu begreifen und zu etablieren, führten allesamt zu einem Kommunikationsverlust zwischen der einsamen Ge-

meinde der Überlebenden, ihren eigenen Kindern und der neuen Generation. Das unerklärte und das innerste Sein verneinende Geschehen wurde, obgleich stets gegenwärtig, weder in das tagtägliche Leben noch als innerer Bestand der israelischen Wirklichkeit integriert, sondern verfiel einem Prozeß der Verdrängung. Stichwort: Verdrängung.

Die dritte: Die Ermordung eines Drittels des jüdischen Volkes erschütterte das Selbstbewußtsein und löste eine Reaktion des verwundeten Stolzes aus, die sich jeglicher rationalen Argumentation verschloß. Die quälenden Fragen, innerjüdische Fragen, die aufgewühlt worden waren durch verwundeten nationalen Stolz und ein beeinträchtigtes Selbstbewußtsein bildeten den Mittelpunkt des Interesses und bestimmten die aufgeworfene Problematik in den Lehrbüchern, in der fachdidaktischen Literatur, in den Schulklassen wie überhaupt die Rezeption des Holocaust durch die gesamte israelische Gesellschaft.

Da der Holocaust nicht als eine durch politische Umstände ausgelöste Folge von realen Ereignissen in das nationale Bewußtsein eingedrungen war, wurde auch die Problematik des jüdischen Widerstandes nicht als eine reale Reaktion auf gegebene Situationen empfunden, sondern als eine beschämende, stereotype Verhaltensweise, welche sich in entrüsteten Fragen Luft machte, wie: „Warum sind die Juden nicht beizeiten geflohen?“, „Warum haben sie die sich so massiv abzeichnende Gefahr nicht beizeiten erkannt und nicht vorausgesehen?“, „Warum setzten sie sich nicht zur Wehr, und warum“, so dieser gängige Slogan, „gingen sie wie Lämmer zur Schlachtbank?“ Eine ganze Lehrergeneration versuchte vergeblich, derartigen Fragen sachlich zu begegnen. Vergeblich, da ihre Antworten und Erklärungen — wie auch immer geartet und ganz abgesehen von ihrer Gültigkeit — auf dem Hintergrund der selbstanklägerisch gestellten Fragen apologetisch klingen mußten. Stichwort: Anklage und Apologetik.

Die vierte Reaktion oder Tendenz: Die verdrängten Ereignisse des Holocaust, aus dem alltäglichen Leben verbannt und eliminiert, wurden kompen-

siert, gar überkompensiert durch eine sich in Gedenktagen durch symbolische Zeichen der Trauer und Identifizierung manifestierende heftige seelische und emotionsgeladene Reaktion. Nicht vorwiegend im Bereich der Wissenschaft, nicht in den Universitäten, nicht in den Schulen, sondern in Gedächtnis- und Mahnstätten wie Yad Vashem, Kibbutz Lochame-Hagettaoth und in Erinnerungszereemonien vornehmlich im Rahmen des Shoah-Tages, der alljährlich als ein allgemeiner und gesetzlicher Trauertag begangen wird. In symbolischen Akten der Trauer und des Identifikationsbestrebens suchte der Staat Israel, den Prozeß der Verdrängung der Shoah zu kompensieren, ja auch überzukompensieren. Stichwort: Mystifizierung und Ritualisierung.

Diese vier von den Bewältigungs- bzw. Verdrängungsversuchen her verständlichen Tendenzen bildeten zugleich ein Hindernis, das sich einer sachlichen Information und einem Lernprozeß mit rationalen Zielen und lernpsychologischen und fachdidaktischen Begründungen in den Weg stellte und

deren Möglichkeiten verbaute. Jedoch wurde die Notwendigkeit eines solchen Lernprozesses anläßlich des dramatischen Wendepunktes des Eichmann-Prozesses im Jahre 1961 in aller Schärfe ersichtlich. Erst mit dem Eichmann-Prozeß setzte eine Flut von Publikationen ein, die der Shoah und ihrer Unterrichtung als sozialpsychologischem und fachdidaktischem, erzieherischem Problem gewidmet waren. Sie wiesen allesamt auf die Tatsache hin, daß die israelische Gesellschaft und das israelische Bildungswesen der Aufgabe der Unterrichtung der Shoah nicht gerecht geworden waren und der erzieherischen Pflicht, dem durch den Eichmann-Prozeß erweckten Interesse der Schüler entgegenzukommen, unvorbereitet gegenüberstand.

Seit dem Eichmann-Prozeß befaßte sich die didaktische Fachliteratur durchgehend mit diesem Thema, wobei eine zweite Welle von Publikationen, die zum einen nach dem Sechstagekrieg und zum anderen nach dem Yom-Kippur-Krieg einsetzte und in den letzten Jahren noch an Bedeutung gewann, hervorgehoben sein soll.

II.

Im Zuge dieser Entwicklung wurden neue Lehrpläne erarbeitet und eine beträchtliche Anzahl von Fortbildungskursen für Lehrer und Jugendliche eingerichtet. Die diesen Bestrebungen zugrunde liegenden Überlegungen orientierten sich zunächst an der Geschichtsforschung, deren Ergebnisse sie aufzunehmen bemüht waren; andererseits jedoch spiegelten sie die verschiedenen Ideologien, Weltanschauungen und Strömungen innerhalb der israelischen und gesamtjüdischen Gesellschaft und ihre Wandlung im Laufe der Zeit wider, die ihrerseits von der jeweiligen politischen, wirtschaftlichen und existentiellen Situation bedingt sind. Vor allem jedoch galt es, die vier oben erwähnten Tendenzen als Hindernisse, die der irrationalen Einstellung zum Holocaust entsprangen, zu überwinden.

Die erste Einstellung — die der begrifflichen Hilflosigkeit in der Erfassung des Nazi-Phänomens entspringende dämonisierende Auffassung der Täter — ist sowohl wissenschaftlich unzulässig als auch erzieherisch verfehlt, da es ja darum gehen sollte, das Böse an sich und im Menschen zu erkennen und zu bekämpfen, es aber nicht auf außerhalb unseres Machtbereiches liegende Objekte zu projizieren und mithin die Verantwortung abzulehnen. Die Ermordung der Juden war nicht Teufels-, sondern Menschenwerk, das nicht dämonischen Urgründen, sondern menschlichen, psychischen, politischen, gesellschaftlichen Motiven und Mechanismen ent-

sprang. Es gilt mithin, diese Mechanismen aufzudecken, ihre historischen Wurzeln und kausalen Verbindungen darzustellen und zu verstehen zu suchen. Dies kann dazu beitragen, die Menschen zu sensibilisieren, ihren Sinn für diese Gefahren zu schärfen und durch die Erziehung zu einem an dieser Form von Aufklärung orientierten Handeln künftigen Gefahren besser vorbereitet gegenüberzustehen.

Zur psychologischen Verdrängung: Es liegt im Wesen der psychologischen Verdrängung, daß das Verdrängte nicht verschwindet, sondern weiterbesteht, um in gefährdenden, verunsichernden Situationen — Krisenzeiten der einzelnen Persönlichkeit wie des gesellschaftlichen und politischen Lebens — um so gefährlicher, weil unkontrolliert, aufzutreten. Es liegt nahe, daß neue traumatische Erfahrungen, die an das Trauma des Holocaust erinnern — wie der Eichmann-Prozeß, die Spannung, die dem Ausbruch des Sechstagekrieges vorausging, das Trauma des Yom-Kippur-Krieges wie auch die steigenden wirtschaftlichen, politischen und existentiellen Probleme der letzten Jahre — den Verdrängungsprozeß rückgängig machten. Das Verdrängte und Wiederaufgetauchte wurde somit zu einem realen Faktor im Leben Israels und beeinflusste das Bewußtsein und die Reaktionen der Gesellschaft und des Staates, auch im Bereiche der Sicherheits- und Außenpolitik, in entscheidendem Maße.

Auch die dem verwundeten nationalen Stolz entspringenden Fragen bezüglich des Fehlens jüdischen Widerstandes verbauten die Möglichkeit einer relevanten Auseinandersetzung, indem sie diese Fragen zum dominierenden Mittelpunkt der Auseinandersetzung mit dem Holocaust machten und die Aufmerksamkeit von anderen, nicht weniger wichtigen Gesichtspunkten ablenkten. Antworten, die auf die Aussichtslosigkeit der Juden inmitten eines totalitären Machtstaates und einer feindlichen Umwelt hinwiesen, die überdimensionale Betonung des Aufstandes im Warschauer Getto und ähnliche Beispiele jüdischen Widerstandes oder das der Bezeichnung Shoah („Katastrophe“) hinzugefügte Wort Hagewura („Heldentum“) verfehlten allesamt, weil als apologetisch aufgefaßt, ihre Wirkung.

Apologetik vermag auch die reinste Wahrheit ins falsche Licht zu rücken und ist aus erzieherischer Sicht auch dann verwerflich, wenn sie sich für ein gutes Ziel einsetzt und eine an sich berechtigte Sache vertritt. Anstelle einer Unterrichtung über die Shoah ist häufig eine Diskussion über die Haltung der Juden in der Shoah getreten, in deren Verlauf die Lehrer und die Erwachsenen in eine Verteidigungsposition gedrängt wurden, und das Verhalten der Opfer von den Schülern mit größter Naivität pauschal beurteilt und abgeurteilt wurde. Dabei handelt es sich um Vorgänge, die menschliches Vorstellungsvermögen bei weitem überschreiten und die auch mit Hilfe von Simulationsspielen bestenfalls zu scheinbaren Identifizierungsprozessen führen und begrifflich nicht nachvollziehbar sind.

Erst die Nachwirkungen des Yom-Kippur-Krieges und weitere Entwicklungen, die zur wesentlichen Beeinträchtigung des Selbstbewußtseins und Selbstvertrauens der israelischen Jugend und der israelischen Gesellschaft führten, haben eine größere Einfühlungsbereitschaft in die Shoah-Problematik mit sich gebracht; eine Bereitschaft, den Begriff „Widerstand“ auch in einen breiteren geistigen und verinnerlichten Kontext zu stellen und zu verstehen.

Ich komme zur vierten Tendenz: Auch die Überkompensierung des Verdrängungsprozesses durch Gedenkzeremonien war den Bemühungen um Verständnis nicht gerade förderlich. Wie berechtigt, eindrucksvoll und würdig diese Andachts- und Gedenkzeremonien auch sein mögen, so muß aus lernpsychologischer Sicht folgendes dazu bemerkt werden: Sämtliche den Gedenktagen und Gedächtnisfeiern zugrunde liegenden Voraussetzungen sind von einem Lernprozeß grundsätzlich verschieden. Eine Gedächtnisfeier ist nicht analytisch und lernorientiert, sondern ganz im Gegenteil darauf angelegt, die schwer zu ertragende Wirklichkeit mit einem Schleier zu überdecken, sie in eine sich ständig weiter entfernende metaphysische Sphäre entrücken zu lassen, denn nur mit Hilfe dieses Schleiers erscheint es möglich, trotz der Wirklichkeit und mit ihr bestehen zu können. Sobald jedoch die begriffliche Unterscheidung zwischen Lernprozeß und Gedächtnisfeier verwischt oder gar aufgehoben wird, ist beiden kein guter Dienst getan. Im gleichen Maße, wie beide im Leben von Menschen, Gesellschaften und Völkern berechtigt und notwendig sind, kann keines von beiden an die Stelle des jeweils anderen treten.

Dies scheint jedoch in der israelischen Gesellschaft und in den israelischen Schulen weitgehend vergessen zu sein. Anstelle der Konzeption von sachlichen Lernprozessen, die sehr wohl auch Gefühle erwecken, auslösen und verstärken können — im Falle der Shoah sogar müssen —, trat nun der an sich fragwürdige Begriff des emotionalen Lernens. Diese Konzeption, die sich nicht damit begnügen mochte, das Erwecken von Emotionen als eines der Resultate eines an sich sachlichen Lernprozesses zu erwarten, sondern die Emotion als seelische Voraussetzung, Motivation, Inhalt, Lernziel und Lernmittel zugleich erachtete, erschien der israelischen Schulpraxis bis vor wenigen Jahren als dem Thema der Shoah am angemessensten; sie wurde jedoch letztlich weder dem Lernvorgang noch dem Empfinden wirklich gerecht.

III.

Die negativen Reaktionen auf diese die erste Periode kennzeichnenden Tendenzen führten zu einer zweiten Periode der Perzeption des Holocaust durch die israelische Gesellschaft. Eine Konzeption, die ich als instrumentale Tendenz oder Periode gekennzeichnet habe. Im Mittelpunkt der Bemühungen um eine Auseinandersetzung mit dem Holocaust standen nun eher die Schüler als die

Überlebenden mit ihrer undurchdringbaren und unübertragbaren Welt von Erinnerungen, die Zukunft mehr als die Vergangenheit, Unterrichtung mehr als Gedenken, nüchterne Unterrichtsmethoden mehr als sakralrituelle Zeremonien, universale und nicht lediglich jüdische Elemente. Dies war bezeichnend für eine Zeit, in der die ersten hoffnungsvollen und vielversprechenden Schritte des

neugeschaffenen Staates Israel mit dem Ziel einer vollen Integration in die Völkerfamilie als ein normales und gleichberechtigtes Mitglied unternommen wurden; ein Ziel, das zunächst trotz aller Schwierigkeiten möglich und sogar unerwartet erfolgreich erschien; ein Ziel, dem der Holocaust und das Andenken an den Holocaust nicht im Wege stehen sollten.

Anstelle der irrationalen, dämonisierenden, emotionsgeladenen und sakralen Einstellung trat nun die Auffassung der Unterrichtung des Holocaust als ein eine instrumentale Funktion erfüllender Vorgang. Mittels der Auseinandersetzung mit dem Holocaust sollten nun demokratische, staatsbürgerliche, moralische, historische, nationale sowie universal-humanistische Ziele wahrgenommen und erreicht werden: Unterrichtung des Holocaust nicht als Selbstzweck, sondern auch als Mittel, die Schüler mit den ihm zugrunde liegenden Mechanismen und Verhaltensstrukturen vertraut zu machen und dadurch die Verhaltensweisen der jüngeren Generation mit Blick auf eine bessere Zukunft zu verändern.

Es scheint, als ob auch diese Einstellung, wenn bis zur äußersten Konsequenz gespannt, sich selbst ad absurdum zu führen droht und leicht in das Gegenteil des Gewollten umschlagen mag. Die Gefahr besteht auch in der Bundesrepublik, daß der Holocaust, wenn er durch die verschiedenen Disziplinen lediglich als Mittel zur Erreichung ihrer jeweiligen Ziele verstanden und eingesetzt wird, seine eigene Substanz und seine eigenständige Definition einzubüßen droht — siehe Historikerstreit. Das Resultat war in manchen Fällen ein überabstrahierter Unterricht. Um den Holocaust den Schülern zugänglich zu machen, zu erklären und erzieherische Ziele zu

erreichen, wurde er nicht selten trivialisiert, wegeklärt. Anstatt die Schüler im Hinblick auf seine Abnormalität zu sensibilisieren, gewöhnten sich die Schüler daran, ihn als eine von verschiedenen möglichen menschlichen und sozialen Verhaltensweisen zu betrachten.

Sollte die Behandlung der Shoah lediglich eine solche instrumentale Funktion erfüllen als exemplarisches Anliegen und als eindrucksvollstes Beispiel für eine fehlentwickelte Minoritätenbehandlung und Entstehung von sozialen Vorurteilen, für die Gefahren eines totalitären Machtstaates und dergleichen mehr? Wird eine solche schematische und der historischen Einmaligkeit nicht adäquate Behandlung der innewohnenden Tragik der Ereignisse gerecht? Eine solche rein soziologische, politologische Analyse der Shoah, die die Strukturen der gesellschaftlichen und politischen Prozesse verabsolutiert, überabstrahiert und von menschlichen Belangen, Gedanken, Gefühlen, Taten, Freuden und Trauer entleert betrachtet, muß eher verfremdend wirken und kann Empathie und Identifizierungsbereitschaft gar nicht erst aufkommen lassen.

War die Unterrichtung in der ersten Epoche allzu sehr von Emotionen belastet, so scheint die hier eingeschlagene Richtung der entgegengesetzten Gefahr nicht zu entgehen. Wird im Zuge der an sich wertvollen Bemühungen der jeweiligen Disziplinen, die Grundstrukturen im Holocaust auszulegen und transparent zu machen, wird dadurch nicht der Holocaust selbst zu einem instrumentalen Stereotyp, der sich letztlich auch austauschen ließe — Gastarbeiter? —, wenn sich ein näherliegendes und anschaulicheres Beispiel dafür böte?

IV.

Es waren unter anderem auch diese Überlegungen, die zu der dritten Periode führten, in der sich die Auseinandersetzung der israelischen Gesellschaft mit der Shoah zur Zeit befindet und die ich als existentielle Einstellung bezeichnen will. Die existentielle Einstellung ist ein Vorgang, der sich in den letzten Jahren, in der jüngsten Zeit herausgebildet hat. Die existentielle Einstellung kritisiert die instrumentale als zu einseitig, abstrakt, universal und verfremdend und mithin den wahren Kern des Holocaust verfehlend — nämlich die direkte, unmittelbare Konfrontation der Schüler mit dem existentiellen

len Kampf der Juden in einer inhumanen, dehumanisierenden Situation angesichts von Verfolgung, Ghettobedingungen und des fabrikmäßigen Mordes.

Mittels interdisziplinärer Methoden und der Heranziehung von Literatur, Filmen und vor allem mündlicher Zeugenberichte von Überlebenden, die jahrelang geschwiegen haben und erst in den letzten Jahren eine intensivere Aufmerksamkeit gefunden zu haben scheinen, ist diese Einstellung bestrebt, die Schüler zu einer direkten Identifikation mit dem traumatischen Erlebnis der Realität des Holocaust

zu führen und mit der jüdischen Welt zu konfrontieren, die dabei vernichtet wurde und untergegangen ist — so z. B. durch Schülerreisen nach Auschwitz. Ganze Schulen, Tausende von israelischen Jugendlichen erleben dort eine fast physische Identifizierung durch den Gang durch Auschwitz selbst, den Todesweg, diesen Gang in die Gaskammern, den seinerzeit die Opfer gegangen sind. Wer im israelischen Fernsehen diese Bilder gesehen hat von einer jüdischen Jugend, die in Auschwitz stand und weinte, der versteht, bekommt es anschaulich vor Augen geführt, was mit dieser direkten Identifizierung gemeint ist. Es ist schwer, allein durch Worte zu verdeutlichen, welches Ziel diese Einstellung durch eine solche direkte Identifizierung — man könnte auch Traumatisierung sagen — mit dem gräßlichen Geschehen verfolgt und welche Motivationen sie dabei bestimmen.

Besteht eine gewisse Affinität zwischen der gegenwärtigen Situation Israels, seiner politischen und wirtschaftlichen Probleme und seiner existentiellen Verunsicherung? Ist es vielleicht das rapide Anwachsen einer aggressiven neonazistischen, antisemitischen und antizionistischen Bewegung, die zu der uralten Erfahrung zurückzufinden scheint, daß

alle Welt gegen uns ist, und damit eine Erfahrung, die sich mit den Wurzeln des existentiellen Lebenskampfes zur Zeit des Holocaust innerlich verbunden fühlt? Ist es vielleicht gar die uneingestandene Hoffnung politischer wie religiöser Extremisten, mittels der Identifikation mit dem Holocaust ihren Argumenten Nachdruck zu verleihen? Oder ist es schließlich ein weltweites Phänomen, den Holocaust als Symbol der *condition humaine* zu betrachten — charakterisiert durch Vietnam, Biafra, Kambodscha, die Energiekrise, ungelöste wirtschaftliche und soziale Probleme, Ungewißheit und Befürchtungen bezüglich der Zukunft, illustriert durch das neu erwachte, weltweite Interesse am Holocaust?

Im gesamten Spektrum des israelischen Lebens gibt es wohl kaum ein emotionsbeladeneres und von ungelösten seelischen Konflikten beschwerteres Thema als die Shoah. Schwankend zwischen Anklage, Selbstbeschuldigung und Apologetik, zwischen dem Zwang zur Bewältigung und dem Zwang zur Verdrängung, begleitet sie das israelische Leben und bestimmt das Bewußtsein des Volkes und des Staates, insbesondere in Situationen der Spannung und der Gefahr.

Israel und die Palästinenser-Frage

Probleme und Perspektiven

Seit dem Herbst 1989 ziehen die großen Entwicklungen in Osteuropa die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit in ihren Bann. Wo jahrzehntelang Völker und Bevölkerungen von autoritären, hochbürokratischen Regimen unterdrückt worden sind, brechen sich ganz unverhofft politische Potentiale und Talente Bahn, um mit Vernunft und Pragmatismus Mißwirtschaft und Not zu beseitigen. In Europa entsteht so eine Atmosphäre der Konstruktivität und des guten Willens, die plötzlich eine Lösung multilateraler und zwischenstaatlicher Streitfragen — zuvor Gegenstand jahrzehntelanger, mühseliger Verhandlungen — zu beiderseitigem Nutzen möglich macht. So naheliegend, ja, so natürlich erscheint der neue Umgang zwischen den Staaten West- und Osteuropas, daß der Betrachter sich fragt, welche bösen Geister denn die alten politischen Führer zu solcher Verblendung geritten haben — und warum es denn solange dauern mußte, bis man sich von ihnen befreien konnte.

Bei Europas südlichen Nachbarn im Nahen Osten scheint eine solche Zeitenwende noch in weiter Ferne zu liegen. Dabei gibt es durchaus erfreuliche Entwicklungen in der Region, die immerhin als erste Schritte in Richtung auf etwas mehr Frieden angesehen werden können. Das sind vor allem die Beendigung des irakisch-iranischen Krieges am Golf, ferner der Zusammenschluß von insgesamt neun arabischen Staaten in zwei, primär auf nichtmilitärische Kooperation ausgelegten Bündnissen, des weiteren Demokratisierungstendenzen in diversen arabischen Ländern und schließlich die Reintegration des führenden gemäßigten arabischen Staates Ägypten in die Arabische Liga.

Der Nahost-Konflikt, in dessen Zentrum die Auseinandersetzung zwischen Israel und dem palästi-

nensischen Volk¹⁾ steht, ist seit vielen Jahren keiner Lösung näher gekommen. Von amerikanischer, europäischer, aber auch arabischer und israelischer Seite sind im Verlauf der Jahrzehnte Konzepte für eine Lösung angeboten worden, ohne daß der von allen gewünschte dauerhafte und gerechte Friede erreicht werden konnte. Auf die naheliegenden Fragen, warum das so ist, und welche Ansatzpunkte und Chancen es für eine Verständigung der beiden Konfliktparteien gibt, versucht dieser Beitrag eine Antwort zu finden.

Dieser Aufsatz wurde inhaltlich Anfang März 1990 abgeschlossen. Seither hat die Arbeitspartei sich — anscheinend unter massivem amerikanischem Einfluß — zur Aufkündigung der Koalition bereitgefunden. Die Abspaltung einer kleinen Gruppe vom Likud im Zusammenhang mit der parteiinternen Auseinandersetzung über inhaltliche und Machtfragen hat es möglich gemacht, daß die Arbeitspartei erstmals seit 1973 den Auftrag zur Regierungsbildung erhalten hat. Das Resultat der gewiß äußerst schwierigen Regierungsbildung ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch völlig offen. Die folgenden Betrachtungen beruhen allerdings auf der Analyse zum einen von mehr als sechs Jahren Außenpolitik der Koalitionsregierung von Likud und Arbeitspartei und zum anderen der israelischen Grundwerte und -interessen, wie sie sich spätestens seit der Staatsgründung 1948 entwickelt haben, so daß sie wohl auch in absehbarer Zukunft Gültigkeit besitzen dürften.

¹⁾ Im Interesse begrifflicher Klarheit bezeichnen wir die Gesamtheit der Palästinenser als „die Palästinenser“ oder „das palästinensische Volk“. Darin sind die Untergruppen der in arabischen Lagern lebenden Flüchtlinge, der Auslandspalästinenser und der Bevölkerung im Westjordanland und im Gaza-Streifen zusammengefaßt.

I. Die Entwicklung des politischen Prozesses bis zur Intifada

Zwei Jahre nach Ausbruch des Aufstandes der palästinensischen Bevölkerung in den von Israel besetzten Gebieten (Intifada²⁾) hat sich im Nahost-Konflikt weniger verändert, als — je nach Interessenlage — erhofft oder befürchtet worden war. Er hat bisher eine Zuspitzung der Auseinandersetzung bewirkt und dadurch die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf Israels Besatzungspolitik gelenkt. Das ist an sich und aus humanitären Gründen wichtig, doch geraten dabei die eigentlichen Konfliktpunkte leicht aus dem Blickfeld. Diese finden wir jedoch besonders deutlich wieder, wenn wir uns zunächst die politischen Positionen der Kontrahenten vor Ausbruch des Palästinenseraufstandes vergegenwärtigen.

Israel wurde im Dezember 1987 von einer großen Koalition aus Arbeitspartei und Likud-Block regiert. Sie war das Ergebnis der Parlamentswahl von 1984, die mit einem Unentschieden zwischen den beiden großen Parteien endete. Zum ersten Mal in Israels Geschichte bot sich keiner von ihnen die Möglichkeit, zusammen mit einigen der zahlreichen kleineren Parteien eine mehrheitsfähige Regierung zu bilden. In langwierigen und mühsamen Verhandlungen wurde ein Regierungsprogramm erarbeitet, das man unter das Motto der „Nationalen Einheit“ stellte. Da die beiden Partner der Regierung der Nationalen Einheit (RNE) politisch wenig gemeinsam hatten, spiegelte das Programm nicht mehr als einen Minimalkonsens wider. In der Frage einer Nahost-Friedenslösung entsprach das einer Weiterführung des „Camp-David-Prozesses“. Schrittweise sollten Israels arabische Nachbarn, zunächst vor allem Jordanien, in bilaterale Friedensverhandlungen eingebunden werden. Dieses Vorgehen, bei dem keine Rolle für die PLO vorgesehen war, ist in trilateralen Verhandlungen zwischen den Präsidenten Carter (USA), Sadat (Ägypten) und Premierminister Begin (Israel) im Herbst 1978 entwickelt worden. Es war die Grundlage des ägyptisch-israelischen Friedensvertrages vom März 1979. Die Hoffnung, daß auf diesem Weg Frieden auch mit Israels übrigen Nachbarn erreicht werden könnte,

²⁾ Dieser arabische Begriff hat zur Bezeichnung des Aufstandes der palästinensischen Bevölkerung im Westjordanland und im Gaza-Streifen, die von Israel seit dem Junikrieg von 1967 besetzt und verwaltet werden, allgemein Verbreitung gefunden. In der deutschen Literatur wird er häufig mit „Abschüttelung“ übersetzt, was jedoch ein Szientismus ist. Im arabischen Sprachgebrauch ist das Wort „Intifada“ durchaus mit der Bedeutung „Rebellion“ oder „Aufstand“ und notabene einem positiven Beiklang verbreitet. Als „Intifada“ wurden sowohl frühere Palästinenserunruhen als auch der Sturz des Schahs durch das iranische Volk bezeichnet.

hat sich jedoch nicht erfüllt^{2a)}. Die Uneinigkeit begann allerdings bei der Frage, welche Position Israel bei Verhandlungen über die Gestaltung der Friedensordnung einnehmen sollte, wenn ein Friedensprozeß erst einmal in Gang gekommen wäre. Da dies jedoch nicht akut war, ließ man den Dissens auf sich beruhen. In der Folge konnte man von den Mitgliedern der israelischen Regierung je nach Parteizugehörigkeit die unterschiedlichsten und miteinander unvereinbaren Positionen hören, ohne daß dies mehr als wechselseitige und folgenlose Verärgerung in der Koalition ausgelöst hätte.

In diesem Minimalkonsens der RNE fanden sich für die PLO wenig Anknüpfungspunkte. Im Gegenteil, der Kompromiß zwischen Schamir und Peres und ihren Parteien hatte Israels Position im wesentlichen negativ definiert: kein selbständiger Palästinenserstaat, keine Gebietsabtretungen, selbstverständlich keine Verhandlungen mit der PLO, aber auch keine eigene Palästinenservertretung, ja, nicht einmal kleinste Veränderungen am Status quo sollten gebilligt werden.

Die Arbeitspartei war mit dieser Linie keineswegs glücklich, hätte aber ihr eigenes, den PLO-Forderungen etwas entgegenkommenderes Wahlprogramm allenfalls um den Preis eines Bruchs der Koalition forcieren können — was ihr nach sieben Jahren der Opposition nicht ratsam schien. Als Folge des Wahlergebnisses waren die Koalitionspartner einander ausgeliefert, was im Bereich der Außenpolitik besonders für die Arbeitspartei schmerzlich war. Der politische Prozeß um den Nahost-Konflikt war somit auf Stagnation programmiert.

Unter diesen Bedingungen gab es wenig Raum für ein Entgegenkommen gegenüber Israels Nachbarn, und für außenpolitische Initiativen fehlte die Basis. Deutlicher als in anderen Bereichen zeigte sich dies an dem Schicksal des Arbeitsprogramms von Schimon Peres, dem laut Koalitionsvereinbarung die Ministerpräsidentenschaft in der ersten Hälfte der Legislaturperiode zufiel. Ambitioniert hatte sich Peres nichts weniger als eine Revision der israelischen Politik gegenüber den arabischen Nachbarstaaten und eine Belebung des „Friedensprozesses“ vorgenommen. Angestrebt wurde der Abzug der israelischen Armee aus dem Libanon, die energische Wiederaufnahme von Verhandlungen mit Ägypten, mit

^{2a)} Vgl. Udo Steinbach/Rüdiger Robert, *Der Nahe und Mittlere Osten*, Bd. 1, Opladen 1988, S. 651–654. Einen knappen Überblick liefern Friedrich Schreiber/Michael Wolffsohn, *Nahost. Geschichte und Struktur des Konflikts*, Opladen 1989, S. 257–267.

dem es trotz des Friedensvertrages noch etliche ungelöste Streitfragen gab, und schließlich das verstärkte Werben um Jordaniens Zustimmung zum Camp-David-Prozeß und — nach den Vorstellungen nur der Arbeitspartei — zu einer Lösung der Palästina-Frage durch eine jordanisch-palästinensische Föderation. Dies alles waren Punkte, die an sich bereits schon ein gerüttelt Maß an Konfliktstoff zwischen den Koalitionspartnern beinhalteten.

Schon die bloße Entfaltung eines solchen Aktivismus mußte nach den Jahren der Stagnation unter Begin und Schamir für große Teile des Likud-Blocks etwas Irritierendes haben. Besonders provozierend wirkte jedoch auf die Likud-Fraktion, daß sich dieser „Peres-Plan“ zwar ausdrücklich auf das Regelwerk von Camp David berief, jedoch insgesamt einer weniger engen Auslegung folgte. Gerade im prozeduralen Bereich, in dem es zu keiner Einigung der Koalition gekommen war, erklärte der Premier schlicht die Linie seiner Partei zur Regierungspolitik. Dies war für den Likud eine ärgerliche Herausforderung, obwohl dieser Plan in der damaligen politischen Situation mangels arabischer Partner kaum realisierbar war.

Immerhin konnte Peres damit einen taktischen, innenpolitischen Erfolg verbuchen, indem er dem Li-

kud mittels des Koalitionszwanges die Zustimmung abtrotzte. Der Ministerpräsident hatte aber nurmehr noch sechzehn Monate bis zur vereinbarten Rotation mit Außenminister Schamir zur Verfügung, zu wenig, um große außenpolitische Veränderungen bewirken zu können. Mit diesem Argument, wohl auch mit dem Appell an das nationale Gewissen seiner Fraktionskollegen und vor allem mit dem Gelöbnis, über die penible Einhaltung der Koalitionsvereinbarung zu wachen, gelang es dem Außenminister, dem Peres-Plan schließlich doch zu einer Mehrheit in der Knesset zu verhelfen und damit die Koalition zu retten³⁾.

Obwohl der Peres-Plan letztlich für konkrete Verhandlungen über die Palästina-Frage keinen Fortschritt gebracht hat, ist er dennoch aus heutiger Sicht in zweierlei Hinsicht wichtig: Inhaltlich interessiert er als letzter detaillierter Entwurf der Arbeitspartei für einen Friedensprozeß und zugleich letzter israelischer Plan vor Ausbruch der Intifada. Sein politisches Schicksal interessiert, weil es Aufschluß über einige Axiome israelischer Außenpolitik gibt, ohne deren Kenntnis die israelische Seite der „Friedens-Gleichung“ im Nahen Osten unverstänlich bleibt.

II. Die Palästina-Frage als Prüfstein israelisch-arabischer Beziehungen

Wie an anderer Stelle im Detail ausgeführt wurde⁴⁾, verfolgte Schimon Peres das Ziel, unter Ausnutzung seiner geringen Spielräume Israels offizielle Beziehungen zu Ägypten auszubauen und zu verbessern. Auch mit gemäßigten Staaten wie Jordanien und Marokko, zu denen es Anknüpfungspunkte gab, sollte das Verhältnis weiter entwickelt werden, wofür Peres und die von ihm geführte Arbeitspartei einen beträchtlichen Preis zu zahlen bereit waren. Im Kern bot Peres seinen arabischen Gesprächspartnern materielle Anreize gegen politische Zugeständnisse. Diese konnten so unterschiedliche Gestalt annehmen wie ein israelisches Entgegenkommen im israelisch-ägyptischen Streit um den Grenzstreifen Taba am Roten Meer, wie das Angebot von Entwicklungshilfe in der Landwirtschaft oder wie das Jordanien vorgeschlagene Kondominium über das Westjordanland — mit jordanischer Verwaltung und Bewirtschaftung und israelischer Kontrolle allein über die Sicherheitsbe-

lange⁵⁾. Im Gegenzug sollten Beziehungen zum Staat Israel aufgenommen und diese auf der Grundlage der jeweiligen bilateralen Interessen gestaltet werden. Konkret hieß dies, daß die Araber darauf verzichten sollten, die Lösung des Palästinenserproblems zur Vorbedingung für irgendwelche Verhandlungen mit Israel zu machen.

Diese auf den ersten Blick vielleicht banal wirkende Gegenleistung bedeutete unter den Bedingungen der arabischen Umwelt jedoch eine grundlegende außenpolitische Kursänderung. Sich darauf einzulassen, hieß für die angesprochenen Staaten nicht nur, in Gegensatz zu allen Beschlüssen arabischer Gipfelkonferenzen seit 1974 und damit in Konflikt mit den Staaten der arabischen Liga zu geraten. Es bedeutete auch ein ganz erhebliches innenpoliti-

⁵⁾ Abgesehen von zahllosen Signalen, die zumeist auf dem Weg über Presseerklärungen — oft genug wohl auch bei mehr oder weniger geheimen Treffen direkt — übermittelt wurden, hatte sich die Arbeitspartei in ihrem Wahlprogramm öffentlich auf diese „Jordanische Option“ festgelegt. Vgl. British Broadcasting Corporation, Summary of World Broadcasts, The Middle East (SWB/ME), 26. 4. 1988, und die Erklärung Peres' vor der Presse anlässlich eines Besuches in Paris, in: Le Monde vom 25. 9. 1988, S. 3.

³⁾ Vgl. Jerusalem Post vom 13. 6. 1985; Archiv der Gegenwart (AdG), 1985, S. 29294.

⁴⁾ Vgl. Peter Gottstein, Die PLO-Dimension israelischer Außenpolitik gegenüber Ägypten, Jordanien und Marokko, in: Außenpolitik, 40 (1989) 3, S. 303—316.

sches Risiko. Wohl in allen arabischen Bevölkerungen herrschte und herrscht nämlich ein hoher Grad an Mitgefühl und Solidarität mit den Palästinensern und ein ebenso hohes Maß an Abneigung gegen den Staat, dem man deren Unterdrückung zur Last legt. Mit diesem Staat Beziehungen aufzunehmen war und ist daher für arabische Regime ein Schritt mit hohem Risiko. Bis zu einer fundamentalen Änderung der arabischen Beschlußlage bleibt ein solcher Schritt wohl nur einem Land möglich, das — wie Ägypten — autonom und stabil genug ist, den Zorn der Bruderländer auszuhalten und dessen Regime über ein ausreichendes Maß auf Popularität verfügt.

Trotz der wenig günstigen Rahmenbedingungen erzielte Peres mit seiner Strategie außenpolitische Achtungserfolge. Es gelang ihm und seiner Mannschaft, Israels Beziehungen mit Ägypten wiederzubeleben und die Lösung rein bilateraler Streitfragen ins Auge zu fassen. Aber selbst von diesem Land erhielt die Regierung der Nationalen Einheit nicht die erhoffte Zustimmung zu ihrem Friedensplan. Jordanien und Marokko, um die sich Peres ebenfalls intensiv bemühte, waren aus ihrer jeweiligen Position heraus weder bereit, noch wohl auch in der Lage, die israelischen Angebote aufzugreifen. Sowohl König Hussein als auch Marokkos König Hassan II. bewegten sich jedoch — gewiß auch im wohlverstandenen Interesse ihrer Länder — behutsam auf Israel zu und gingen dabei wohl an die Grenzen ihrer Handlungsmöglichkeiten. So gab Jordanien den 1979 von der Arabischen Liga gegen Ägypten wegen seines Friedensschlusses mit Israel verhängten Boykott auf und erneuerte seine diplomatischen Beziehungen mit Kairo. Auch an direkten Signalen gegenüber Israel ließ es König Hussein nicht fehlen. Der marokkanische Monarch ging in spektakulärer Weise soweit, Premierminister Peres zu einer offiziellen Unterredung in seinem Sommerpalast zu empfangen. In Israel beglückwünschte man sich zu Recht zu diesen Entwicklungen, verkannte aber oder ignorierte, daß es nun an Israel war, seinerseits echte politische Währung anzubieten. Doch nun zeigte sich, wie eng das außenpolitische Korsett der Regierung der Nationalen Einheit war.

Was sich Israels Gesprächspartner nach ihren Zugeständnissen im Gegenzug erwarteten, hatten insbesondere Präsident Mubarak und König Hussein deutlich zum Ausdruck gebracht: Israel sollte der Palästinensischen Befreiungsorganisation nicht länger jene Anerkennung schuldig bleiben, die es für sich selbst von den arabischen Ländern forderte, oder sich zumindest einer indirekten Mitwirkung der Organisation am Verhandlungsprozeß über eine politische Lösung nicht in den Weg stellen.

Außerdem sollte Israel sich bereit erklären, die Friedensverhandlungen im Rahmen einer internationalen Konferenz abzuhalten. Diese brauchte zwar nicht die verbindliche Autorität zu erhalten, die von arabischer Seite früher gefordert worden war, sollte aber doch mehr als nur den rein zeremoniellen Charakter haben, den in Israel Premierminister Peres — nicht jedoch sein Außenminister und Koalitionspartner Schamir — als äußerstes Zugeständnis akzeptiert hatte.

Hier wurde der israelischen Regierung gewiß kein goldenes Tablett hingehalten. Dennoch handelte es sich bei diesem von Ägypten, Jordanien, Marokko und der PLO mitgetragenen Vorschlag um ein realistisches Angebot. Mehr konnte Israel eigentlich nicht erwarten. Immerhin war ja davon auszugehen, daß diese Verhandlungsposition jenen Ländern bereits erhebliche politische Kosten im Verhältnis zu anderen, kompromißloseren arabischen Staaten verursacht hatte. Hinzu kam, daß die Regierung der Nationalen Einheit selbst mit ihren fortwährenden Koalitionskrisen, der Heterogenität ihrer Partner und dem seltsamen Rotationsarrangement an der Spitze in arabischen Augen keinesfalls als verlässlicher Partner für riskante Initiativen erscheinen konnte. In dieser Situation blieb die Regierung der Nationalen Einheit das erforderliche Gegenangebot auf die arabischen Vorschläge schuldig. Im Gegenteil — seit dem Wechsel Jitzhak Schamirs an die Spitze der Regierung wurden selbst die bilateral orientierten Initiativen Schimon Peres' zurückgeschraubt und verebbten schließlich.

An dieser verpaßten Gelegenheit wird der israelische Part im nahöstlichen Dilemma deutlich: Zum einen wurde und wird Israel von einer Koalition geführt, die auf einem denkbar kleinen Konsens beruht und deren Flexibilität also gering ist. Daher konnte zum zweiten die Arbeitspartei unter Schimon Peres die materiellen und taktischen politischen Leistungen, die sie potentiellen arabischen Partnern im Zusammenhang mit ihrer Außenpolitik offerierte, nur zum Teil oder nur gegen erheblichen Widerstand aus den Reihen des Koalitionspartners durchsetzen, was die außenpolitische Glaubwürdigkeit der Regierung beeinträchtigte. Zum dritten fehlte es den israelischen Sozialisten an der Entschlossenheit, ihre Außenpolitik auch um den Preis eines Koalitionsbruchs und des Risikos von Neuwahlen durchzusetzen⁶⁾. Und schließlich blieb selbst die in der Koalition so umstrittene außenpolitische Position der Arbeitspartei noch weit hinter den nicht unberechtigten Forderungen der kompromißbereiten arabischen Staaten zurück.

⁶⁾ Nach damaligen Umfrageergebnissen genoß Peres in der Öffentlichkeit große Popularität, hätte also gute Chancen für einen Wahlerfolg gehabt.

III. Israel und die PLO: ein Konflikt von Grundwerten und -interessen?

Gewiß ist Israels Dilemma in dieser Zeit vor Ausbruch der Intifada nicht allein auf die innenpolitische Konstellation, wie sie sich nach den Wahlen von 1984 ergab, zurückzuführen. Eine wichtige Rolle spielt auch das besondere Sicherheitsbedürfnis der israelischen Bevölkerung, wie es sich aus der kollektiven, direkten oder tradierten Erfahrung des Holocaust und des jahrzehntelangen gewaltsamen Konflikts mit den arabischen Nachbarn entwickelt hat⁷⁾. Gleichwohl hat sich eine israelische Regierung unter Menachem Begin, Mosche Dayan und Ezer Weizman trotz hoher Kosten 1979 zu einem Friedensvertrag mit Ägypten bereitgefunden — dem Land, das bis dahin als Israels gefährlichster Feind gegolten hatte. Auch hat die israelische Regierung immer wieder ihre Bereitschaft erklärt, mit allen anderen arabischen Staaten Verhandlungen aufzunehmen, einschließlich des unannehmlichen, mit Israel um die Wette rüstenden Syrien Hafiz al-Assads. Sicherheitserwägungen dürften also kaum der Hauptgrund sein für Israels Weigerung, die PLO als Verhandlungspartner anzuerkennen und damit die wichtigste offene Forderung der arabischen Seite zu erfüllen.

Von prinzipieller Bedeutung ist dagegen die Frage der Anerkennung des Staates Israel. Dabei handelt es sich um ein äußerst diffiziles Problem, das aus israelischer Sicht durch eine diplomatisch-völkerrechtliche Anerkennung seitens einer arabischen Regierung oder gar der PLO selbst noch lange nicht aus der Welt geschafft wäre. Sie müßte vielmehr eine eindeutige Anerkennung auch der *Legitimität* der Existenz dieses Staates beinhalten⁸⁾. Dies wird meist in die Forderung gekleidet, die PLO müsse ihre Nationalcharta, in der der Anspruch auf ganz Palästina, also das israelische Staatsgebiet eingeschlossen, zum Ausdruck gebracht wird, ändern.

An diesem Punkt ist ein fundamentaler Wahrnehmungsgegensatz zwischen Israelis und Arabern zu konstatieren. In Israel wird die Staatsgründung von 1948 als Anknüpfung an die seit der Spätantike

unterbrochene Staatstradition verstanden. Als mindestens genauso wichtiges Argument wird außerdem die niemals unterbrochene religiöse und kulturelle Orientierung der Juden auf „Eretz Israel“, das Land Israel, angeführt. Religiöse Argumente im eigentlichen Sinn werden dagegen von israelischer Seite aus gutem Grund nicht ins Feld geführt, da in der jüdischen Teleologie die Wiedererrichtung eines Staates für das in die Diaspora zerstreute Volk der Juden dem wiedergekehrten Messias vorbehalten ist. Das ist im übrigen der Grund für die auf den ersten Blick seltsam anmutende Opposition der jüdischen Fundamentalisten gegen den Staat Israel. Im Ergebnis gibt es in Israel also einen sehr weitgehenden, wenn auch nicht völligen Konsens über die historisch und gewissermaßen naturrechtlich fundierte Legitimität des jüdischen Staates. Hieraus erklärt sich, daß in israelischer Sicht die Ansiedlung jüdischer Einwanderer zumindest im israelischen Kernland und die Verteidigung der Sicherheit des Staates eine „höhere Legitimität“ besitzen, als die Ansprüche der dort ansässigen oder geflohenen arabischen Bevölkerung.

Von gravierender Bedeutung für ein Verständnis der Situation ist nun die Differenzierung des Begriffs „Anerkennung“. Unausgesprochen wird nämlich dessen weitgefaßte Variante zum Maßstab für das israelische Verhältnis zu den Arabern erhoben. Nun ist jedoch weder für die Araber im allgemeinen, noch für die Palästinenser im speziellen vorstellbar, ein höheres Anrecht der Juden auf Palästina bzw. Eretz Israel anzuerkennen, wie es mit dieser Variante gefordert wird. Schließlich können sie der (zweitausend Jahre lang unterbrochenen) jüdischen Staatstradition ihre jahrhundertealte Besiedlung entgegenstellen. Und heilig ist das Land nicht nur den Juden, sondern auch den Muslimen, für die der Felsendom und die al-Aqsa-Moschee in Jerusalem die wichtigsten heiligen Stätten außerhalb von Mekka und Medina sind. Daneben sollte man hier auch an die nicht unbedeutende Minderheit der arabischen Christen und deren Heiligtümer denken. Die Araber können insofern ebenfalls historische und naturrechtliche Ansprüche auf Palästina anmelden, die man nicht anders als den israelischen ebenbürtig bezeichnen kann.

Die arabische Haltung schließt aber durchaus keine Anerkennung im engeren Sinne, wie sie letztlich ja auch den Beziehungen Israels mit anderen Staaten und nicht zuletzt mit Ägypten zugrunde liegt, aus. Dies wäre eine Anerkennung, die sich zum einen der normativen Kraft des Faktischen beugt, also der

⁷⁾ Vgl. hierzu ausführlicher Amnon Neustadt, *Israels zweite Generation*. Schwitz als Vermächtnis, Berlin 1987; ferner Peter Gottstein, *Israels Haltung zur Palästina-Frage*. Konzepte und Hintergründe, in: *Verfassung und Recht in Übersee*, 22 (1989) 2, S. 205 ff.

⁸⁾ Vgl. z. B. *Neue Zürcher Zeitung (NZZ)* vom 25. 2. und 7. 5. 1989. Relativierend muß hier angemerkt werden, daß immer noch nur wenige israelische Politiker der großen Parteien dazu bereit sind, überhaupt darüber nachzudenken, unter welchen Bedingungen mit der PLO verhandelt werden könnte. Einer dieser wenigen ist Schimon Peres, vgl. sein Interview in: *Politique Internationale*, 28 (1985), S. 21.

Einsicht, daß der jüdische Staat in über vierzig Jahren zu fest verankert und zu weit entwickelt worden ist, als daß er noch beseitigt werden könnte. Zum anderen wäre sie Ausdruck des arabischen Einständnisses, daß es heute in Palästina auch ein jüdisches Volk gibt, das ein authentisches Recht hat, dort zu leben. Dafür bräuchte man die eigenen Ansprüche nicht aufzugeben; sie würden als ein — nunmehr moralisches — Recht fortbestehen, das an politischer Relevanz verlöre, je größer die Freizügigkeit zwischen dem Staat Israel und seinem palästinensischen Nachbarn würde.

Die hier zugrunde gelegte Differenzierung von Legitimität und Anerkennung in eine moralische und eine realpolitische Sphäre ist gewiß keine einfache Leistung. Daß sie realisierbar ist, zeigt zum einen das Beispiel der Bundesrepublik mit ihrer Aufgabe der Hallstein-Doktrin Ende der sechziger Jahre. Zum anderen läßt sich ja durchaus argumentieren, daß die PLO mit ihrer deutlichen, wenn auch nicht expliziten Anerkennung Israels im November 1988 genau diese Differenzierung vollzogen und ihre Machbarkeit auch im nahöstlichen Kontext bewiesen hat⁹⁾. Die israelische Koalitionsregierung hat eine solche Interpretation der PLO-Haltung allerdings von sich gewiesen und daher auch keine Notwendigkeit gesehen, ihrerseits in Richtung auf einen Kompromiß zu gehen. Insofern erhellt, daß der israelische Legitimitätsanspruch auch als Instrument zur Torpedierung mißliebiger politischer Entwicklungen eingesetzt werden kann.

Die grundsätzliche israelische Haltung in der Legitimitätsfrage erzeugt jedoch ein weiteres Hindernis auf dem Weg zu Verhandlungen. Wenn der israelische Staat und die jüdische Besiedlung Palästinas als unzweifelhaft legitim angesehen werden, muß jeglicher Widerstand dagegen kriminell sein. Nun hat sich der bewaffnete Widerstand der Palästinenser gerade in den Jahren bis zum Oktoberkrieg zum Teil solcher Formen der Gewalt bedient, daß damals nicht nur Israel, sondern die ganze westliche Welt vom kriminellen Charakter der PLO überzeugt war. In Israel ist diese Sicht auch heute noch vorherrschend. So besteht zumindest in der Bevölkerung die Tendenz, die PLO für jede Gewalttat gegen Israel verantwortlich zu machen, gleich, ob

⁹⁾ In seiner Resolution vom 16. 11. 1988 bekennt sich der Palästinensische Nationalrat (PNR) — das palästinensische Exilparlament und nach eigener Definition der höchste Repräsentant des palästinensischen Volkes — zu einer friedlichen Lösung des Palästina-Konfliktes gemäß den Resolutionen der Vereinten Nationen. Entsprechend fordert er den vollständigen Abzug Israels aus allen besetzten Gebieten, zugleich aber ein „Sicherheits- und Friedensarrangement für alle Staaten der Region“ — also nicht etwa die Auflösung des Staates Israel; vgl. die Auszüge aus der Erklärung des PNR in: New York Times vom 17. 11. 1988, S. A8.

dahinter PLO-Renegaten wie die Gruppen Abu Nidals und Abu Musas oder unkontrollierbare Minderheiten innerhalb der PLO stecken.

Gegen Verhandlungen mit der so definierten „Verbrecherorganisation“ aber sperren sich die Parteien des rechten israelischen Spektrums grundsätzlich. Im linken Parteienspektrum sind es nur die kleinsten und radikalsten, die direkte Verhandlungen mit der PLO befürworten. Die Arbeitspartei ist in dieser Frage gespalten. Der Verteidigungsminister Rabin repräsentiert jene, die die PLO nicht als verhandlungswürdig ansehen. Parteichef Peres jedoch äußert sich öffentlich etwas vage dahingehend, daß er mit jedem Palästinenser reden werde, der der Gewalt abgeschworen und sich auf eine friedliche Lösung des Konflikts verpflichtet habe. Daneben gibt es einzelne — wie Minister Ezer Weizman oder Staatssekretär Jossi Beilin —, die es für unvermeidbar halten, sich auf die PLO einzulassen. Bezeichnenderweise liegt nicht einmal der Haltung der kompromißbereiteren Kreise Israels, soweit es sich nicht gerade um vorwiegend von Arabern geprägte Parteien handelt, so etwas wie Vertrauen in die PLO zugrunde. Vielmehr folgt sie der Einschätzung, daß die PLO unumgebar geworden ist, Verhandlungen mit ihr folglich als Gebot politischer Vernunft zu betrachten sind.

Die PLO hingegen beansprucht für sich, die einzige legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes zu sein. In diesem Anspruch kann sich die PLO nach allen verfügbaren Informationen auf die Unterstützung einer überwältigenden Mehrheit der Palästinenser sowohl in den besetzten Gebieten als in der Diaspora stützen¹⁰⁾. Was den von Israel so bezeichneten Terrorismus angeht, so hält die PLO Schläge gegen israelische Interessen unter Berufung auf das in der Charta der Vereinten Nationen festgelegte Recht auf nationale Selbstverteidigung für legitim. Allerdings distanziert sich die Organisation seit langem von Gewaltaktionen mit eindeutig kriminellem Charakter und beschränkt ihren Kampf erklärtermaßen auf Israel und die besetzten Gebiete¹¹⁾.

¹⁰⁾ Vgl. z. B. die Umfrage der Ost-Jerusalem Zeitung al-Fajr unter der Bevölkerung der Besetzten Gebiete, veröffentlicht in Washington am 8. 9. 1986, nach Journal of Palestine Studies, 16 (1986/87) 2, S. 196—207. Diese Unterstützung ist im übrigen nicht gleichzusetzen mit der Zustimmung zu Jassir Arafat selbst, der ja mit einer bestimmten „Fraktion“ der PLO, der al-Fatah, identifiziert wird. Als Präsident des Exekutivkomitees der Organisation bzw. als Präsident der Exilregierung verfügt er aber über eine sichere Mehrheit im PNR.

¹¹⁾ Vgl. z. B. die PLO-Erklärung zur Entführung des Passagierdampfers Achille Lauro, bei der ein amerikanischer Jude ermordet wurde, in: Süddeutsche Zeitung vom 10. 10. 1985, S. 3.

Die von der Mehrheit der israelischen Parteien immer wieder gestellte Forderung, „die Palästinenser“ sollten sich zum völligen Gewaltverzicht bereit erklären, ist für die PLO also in diskutabel. Dies gilt gleichermaßen im Zusammenhang mit der palästinensischen Volkserhebung. Die israelische Regierung hat dagegen erklärt, daß sie deren Beendigung zur Vorbedingung für Verhandlungen mit einer Palästinenservertretung (notabene nicht der PLO) macht. Das ist angesichts des menschlichen Leides vor allem für die Palästinenser und der materiellen Schäden für alle Beteiligten ein verständlicher Wunsch. Tatsächlich werden damit jedoch Gespräche in noch weitere Ferne gerückt. Diese Vorleistung widerspricht ja nicht nur den erwähnten palästinensischen Grundrechten, sondern erscheint der palästinensischen Führung angesichts des Erfolges der Intifada auf der internationalen wie der innerpalästinensischen Ebene auch nicht opportun¹²⁾.

An dieser Stelle ist noch eine Anmerkung nötig. Bisher wurden vor allem die Hindernisse auf dem Weg zu politischen Verhandlungen, die sich aus israelischen Wahrnehmungen, Grundwerten und Interessen ergeben, dargestellt. Dies sollte vom Leser nicht als Parteinahme oder einseitige Schuldzuweisung interpretiert werden. Es gibt zweifelsohne nicht nur auf seiten Israels, sondern auch bei den Palästinensern kontraproduktive Einstellungen.

IV. Die Konzepte einer Friedenslösung in Israel

Im folgenden wollen wir die Konzepte zur Lösung des palästinensisch-israelischen Konflikts betrachten, wie sie von den verschiedenen politischen Kräften in Israel — gleich, ob sie an der Regierung beteiligt oder in der Opposition sind — vertreten werden. Im Interesse der Übersichtlichkeit sollen innerparteiliche Differenzen, wie sie insbesondere im Likud und in der Arbeitspartei bestehen, nur am Rande berücksichtigt werden. Inhaltlich sollen vier

Beispielsweise erschwert es die Kommunikation mit den Israelis, wenn die Einzigartigkeit des Holocaust und dessen Folgen auf die Psyche und das Denken der Überlebenden ignoriert werden oder wenn die PLO das israelische Sicherheitsbedürfnis allzu leicht nimmt. Allerdings hat die Forderung an eine unter Besatzung leidende Bevölkerung, sie solle Mitgefühl ausgerechnet mit ihrer Besatzungsmacht haben, doch auch etwas Wirklichkeitsfernes an sich.

Schließlich ist die palästinensische Rhetorik oftmals nur allzu geeignet, bei westlich denkenden Menschen Mißtrauen in die Vernunft und Besonnenheit sowohl der politischen Führer als auch der Bevölkerung zu wecken. Gewiß, es spricht bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge vieles dafür, daß Israel an der Reihe ist, durch bestimmte Modifikationen seiner Haltung, insbesondere durch die Anerkennung der PLO als Verhandlungspartnerin oder besser: als formeller Konfliktpartei einen Fortschritt im politischen Prozeß im Nahen Osten zu ermöglichen. Dennoch darf man sich keiner Illusion hingeben. Selbst die heute noch so schwierig erscheinende Anerkennung der PLO ist letztlich nur eine Präliminarie zu den eigentlichen Verhandlungen. Zwar werden diese damit wohl erst möglich — leicht wird eine Lösung des Konflikts aber deshalb noch lange nicht.

grundsätzliche Themenbereiche der Lösungskonzepte unterschieden werden: Erstens die Grenzziehung zwischen Israel und seinen Nachbarn, zweitens die Gestaltung der politischen und administrativen Belange der Palästinenser, drittens der Zeitplan bis zur Erlangung des angestrebten Endzustandes und viertens die Modalitäten der Verhandlungen.

1. Die Grenzziehung

a) Likud

Im Mai 1989 hat die israelische Regierung unter Federführung Jitzhak Schamirs eine „Friedensinitiative“ vorgelegt¹³⁾, an deren Ausarbeitung höchstwahrscheinlich auch Verteidigungsminister Jitzhak Rabin von der Arbeitspartei beteiligt gewesen ist; gleichwohl ist die Initiative dem Likud zuzuordnen. Für den Likud kommt eine Veränderung des Status von Judäa, Samaria und dem Gaza-Streifen (d. h. den von Israel besetzten Gebieten) nur in Übereinstimmung mit den Richtlinien der RNE in

¹²⁾ Vgl. z. B. die Erklärungen zum Schamir-Plan vom Frühjahr 1989 von achtzig führenden Persönlichkeiten aus den Gebieten, in: NZZ vom 29. 4. 1989; ferner die Erklärungen der al-Fatah und der Sozialistischen Demokratischen Front zur Befreiung Palästinas (beide in der PLO), SWB/ME vom 11. 7. 1989 und in jüngerer Zeit die PLO-Erklärung zum Plan des US-Außenministers, in: Jordan Times vom 6. 11. 1989. Einen sehr brauchbaren Überblick über die Ursachen und den Verlauf des ersten Jahres der Intifada sowie deren Zielsetzungen und Ergebnisse liefert Alexander Flores, Intifada. Aufstand der Palästinenser, Berlin 1988. Obwohl mit Sympathie für die Palästinenser geschrieben, ist das Buch durchaus nicht einseitig.

¹³⁾ Vgl. den Text in: Jerusalem Post vom 15. 5. 1989, S. 2.

Frage. Diese Richtlinien, die im Prinzip bereits bei den Verhandlungen zur Bildung der ersten RNE (1984-1988) ausgearbeitet und 1988 nur bestätigt wurden, legen ihrerseits wiederum fest, daß keine Veränderung des Status quo herbeigeführt werden solle, es sei denn im Konsens der Koalitionspartner. Dies bedeutet vor allem, daß Gebiete weder abgetreten, noch annektiert werden dürfen und daß ferner Verhandlungen mit der PLO ausgeschlossen bleiben¹⁴).

Die Bedeutung dieser seltsamen Verklammerung erhellt, wenn man das Wahlprogramm des Likud konsultiert¹⁵). Dort ist festgelegt, daß „das jüdische Volk ein ewiges, unanfechtbares Recht auf das Land Israel hat, das mit dem Recht auf Sicherheit und Frieden verwoben ist“. Zudem habe der israelische Staat „ein Recht und einen Anspruch auf die Souveränität über Judäa, Samaria und Gaza“, den Israel „zu geeigneter Zeit . . . erheben“ und verwirklichen werde. Die Aufgabe, aber auch eine Teilung der Gebiete wird strikt abgelehnt, da sie „unser Recht auf das Land untergräbt, unweigerlich zur Errichtung eines palästinensischen Staates, zur Beeinträchtigung der Sicherheit der Zivilbevölkerung führt, die Existenz des Staates Israel gefährdet und die Chance auf Frieden zerstört“.

b) *Techija-Partei*

Diese Partei wurde von ehemaligen Likud-Mitgliedern aus Protest gegen Israels Zugeständnisse an Ägypten im Friedensvertrag von 1979 gegründet. In ihren Prinzipien deckt sie sich mit dem Likud, sieht also ein Anrecht Israels auf ganz Palästina gegeben. Entsprechend lehnt sie Gebietsabtretungen auch im kleinen ab. Im Gegensatz zum Likud fordert die „Bewegung“ vielmehr die sofortige Annexion der besetzten Gebiete und sogar die Aufhebung der Sonderrechte für Muslime auf dem Tempelberg in Jerusalem, wo mit Rücksicht auf die al-Aqsa-Moschee und den Felsendom, die drittheiligsten Stätten des Islam, keine jüdischen Gottesdienste erlaubt sind. Hinsichtlich der territorialen Frage ist die Techija repräsentativ auch für die übrigen kleinen und noch radikaleren Parteien auf der Rechten des israelischen Parteienspektrums.

c) *Arbeitspartei*

Mit ihrem Wahlprogramm von 1988¹⁶) folgt die Arbeitspartei dem Grundinteresse, Israel als einen Staat mit klarer jüdischer Bevölkerungsmehrheit

und Identität zu bewahren. Nach ihren Vorstellungen soll sich Israel daher von der administrativen Verantwortung für alle besetzten Gebiete trennen. Allerdings soll sich der militärische Einflußbereich Israels weiterhin bis an den Jordan erstrecken, was zum einen mit der Stationierung israelischer Einheiten an strategischen Punkten und zum anderen mit der Beibehaltung der jüdischen Siedlungen im Jordantal, in der östlichen Umgebung von Jerusalem und anderswo erreicht werden soll. Zum dritten seien die geräumten Gebiete, insbesondere die Balungszentren der palästinensischen Bevölkerung, zu demilitarisieren. Im Ergebnis bedeutet das Konzept der Arbeitspartei, daß sich Israel auf Grenzen zurückzieht, die jenen von 1967 ähnlich sind. Eine wichtige Abweichung betrifft die Stadt Jerusalem, die die Arbeitspartei – wie fast alle anderen Parteien auch – für Israel beansprucht. Mit dieser Ausnahme würden die vorgesehenen Veränderungen ausschließlich Sicherheitsinteressen, nicht jedoch wirtschaftlichen oder anderen dienen.

d) *Parteien des linken Spektrums*

Wie die Arbeitspartei, so lehnen auch die Bürgerrechtspartei *Ratz*, die Partei der sozialistischen Kibbutzbewegung *Mapam* und die Progressive Friedensliste eine Annexion des Westjordanlandes und des Gaza-Streifens ab. *Ratz* und *Mapam* teilen prinzipiell auch deren territoriale Vorstellungen, d. h. auch sie vertreten eine weitgehende, aber sicherheitsrelevante Bereiche ausnehmende Räumung der 1967 eroberten Gebiete. Dies unterscheidet sie von der Friedensliste, die sich für eine bedingungslose Räumung einsetzt.

2. Die politische Zukunft der Palästinenser

a) *Likud*

Die Partei *Jitzhak Schamirs* erklärt sich grundsätzlich nur zu Verhandlungen über das politische Schicksal der jetzt in den Territorien lebenden Bevölkerung bereit. Damit grenzt sie also die heute noch in diversen arabischen Ländern lebenden palästinensischen Flüchtlinge aus. Deutlicher als *Schamirs* Friedensplan besagt auch in dieser Frage das Wahlprogramm des Likud, daß mit den Palästinensern gemäß dem Autonomie-Plan von Camp David, natürlich in der engeren Likud-Interpretation, verfahren werden soll. Die dort vorgesehene Autonomie sei „nicht als Staat, nicht als Souveränität und nicht als Selbstbestimmung“ auszulegen¹⁷). Natürlich dürfen auch Israels Sicherheitsinteressen nicht berührt werden. Daher bleiben Sicherheits- und Außenpolitik sowie die Kontrolle der Ressourcen der Gebiete dem Staat Israel vorbehalten.

¹⁴) Vgl. AdG 1984, S. 28055.

¹⁵) Vgl. Aaron Chankin, *Israel and the territories. Background and Policy, Part I: Israeli Positions*. Unveröffentlichtes Manuskript, Jerusalem (Moshe Sharett Institute) ca. 1988, S. 30 ff. (i. F. zit. „Positions“).

¹⁶) Vgl. *Positions*, S. 24 ff.

¹⁷) Vgl. *Positions*, S. 30.

Soweit sie nicht mit diesen Einschränkungen kollidiert, soll den Palästinensern am Ende des Friedensprozesses „volle Autonomie“ gewährt werden. Damit kann aber wohl nur lokale Selbstverwaltung gemeint sein, da nicht allzu viele Befugnisse übrig bleiben. Es gibt im übrigen erste Anzeichen, daß im Likud Erwägungen angestellt werden, Jordanien an der Verwaltung der palästinensischen Gebiete zu beteiligen. So ist schon im Wahlprogramm der Vorschlag enthalten, allen Bewohnern von Eretz Israel entweder die israelische oder die jordanische Staatsbürgerschaft anzubieten. In seinen Erläuterungen zum Friedensplan vor der Knesset hat Schamir darüber hinaus sowohl Jordanien als auch Ägypten eine Beteiligung an den Verhandlungen über Probleme der Wirtschafts- und Infrastruktur, die mit einer gewählten Palästinenservertretung abzuhalten wären, angeboten¹⁸⁾.

b) *Techija und rechte Parteien*

Wie der Likud so schließen auch die übrigen Parteien des rechten politischen Spektrums die palästinensische Diaspora aus ihren Überlegungen aus. Im Kontrast zum Likud halten sie aber jegliche Art von Zugeständnissen für unakzeptabel. Ihnen allen gemeinsam ist die Ablehnung auch der geringsten Übertragung separater politischer Rechte an die palästinensische Bevölkerung des Westjordanlandes und des Gaza-Streifens. Während die radikalen Miniparteien *Tsomet*, *Kach* (der Formierung des gewalttätigen Rabbiners Kahane) und *Moledet* mehr oder weniger offen den „Transfer“ der arabischen Bevölkerung aus den Territorien in die arabischen Länder fordern; soll diese nach den etwas gemäßigeren Vorstellungen der *Techija* die jordanische Staatsbürgerschaft annehmen, aber dann in Israel permanente Aufenthaltserlaubnis und „gleiche Rechte und Pflichten“ — ausgenommen Wehrdienst und Wahlrecht — erhalten.

c) *Arbeitspartei*

Die politische Zukunft der Palästinenser ist in der Sicht Schimon Peres' und seiner Partei am besten in einem gemeinsamen jordanisch-palästinensischen Staat zu verwirklichen, dem auch die „dicht von Palästinensern bevölkerten Gebiete des Westjordanlandes und des Gaza-Streifens“ zuzuschlagen wären¹⁹⁾. An diesen Staat wünscht die Partei die

¹⁸⁾ Vgl. ebda., S. 31, sowie SWB/ME vom 19. 5. 1989, S. 1 ff. Den konkretesten Vorschlag in dieser Richtung, der eine gemeinsame jordanisch-palästinensisch-israelische Verwaltung sowie israelische Militärkontrolle vorsieht, hat der Parlamentarier Zalman Shoval in der Jerusalem Post vom 11. 7. 1989 vorgestellt. Derlei unterscheidet sich nur noch graduell von der Position des Rabin-Flügels der Arbeitspartei, ist aber heute im Likud wohl noch nicht mehrheitsfähig.

¹⁹⁾ Vgl. Positions, S. 25.

Kontrolle über die rund 1,5 Millionen Palästinenser abzutreten. Auf einen separaten Palästinenserstaat, auch wenn er eine Konföderation mit Jordanien anstrebte, will sie sich aber nicht einlassen.

d) *Mapam und die linken Parteien*

Die Mapam-Partei, die bis zur Bildung der Regierung der Nationalen Einheit 1984 eine Listenverbindung mit der Arbeitspartei hatte, stützt ihr Konzept für die politische Zukunft der Palästinenser auf eine ganz ähnliche Einschätzung wie ihre frühere Partnerin. In ihrem Lösungsvorschlag ist sie jedoch mutiger. Zwar strebt auch sie die Errichtung eines jordanisch-palästinensischen Staates unter Einbeziehung des Hauptteils der Gebiete an; ihn hält sie auch für die wünschenswerteste Lösung. Doch erklärt sie sich ausdrücklich bereit, nach einem Friedensschluß mit Jordanien auch einen separaten Palästinenserstaat zu akzeptieren, wenn dadurch die „im Friedensvertrag getroffenen Übereinkünfte und Sicherheitsarrangements nicht verletzt“ würden.

Die Vorstellungen der Bürgerrechtspartei sind hier weniger ausdifferenziert, liegen jedoch im Wesentlichen auf der gleichen Linie. Am weitesten geht auch hier die Progressive Friedensliste, die die Einrichtung eines separaten Palästinenserstaates befürwortet.

3. Der Zeitplan

Mit Ausnahme derjenigen Parteien, die entweder keine Zugeständnisse an die palästinensische Bevölkerung beabsichtigen oder die sich für die sofortige Errichtung eines separaten Staates der Palästinenser einsetzen, rechnen alle Konzepte mit einer Übergangsphase zwischen dem jetzigen Zustand und einer permanenten Lösung. Der Schamir-Plan sieht vor, daß auf der Grundlage vorläufiger Verhandlungsergebnisse eine gewählte Palästinenservertretung die Verantwortung für die Angelegenheiten des Alltags übernimmt. Wenn diese sich drei Jahre — gerade auch im Hinblick auf das friedliche Zusammenleben mit Israel — bewährt hat, sollen Verhandlungen über das endgültige Arrangement begonnen werden. Letzteres soll dann nach maximal zwei weiteren Jahren implementiert werden. Die Arbeitspartei hat in diesem Punkt ziemlich ähnliche Vorstellungen. Sie wäre aber gewillt, bei entsprechendem Verhandlungsfortschritt den Endzustand schon nach drei Jahren zu erreichen. Auch die Mapam sieht eine zweistufige Lösung vor, legt sich aber auf keinen Zeitraum fest.

4. Die Verhandlungsmodalitäten

a) Likud

In dem zweistufigen Plan des Likud sind zunächst Verhandlungen zwischen Israel und einer von der palästinensischen Bevölkerung frei zu wählenden Vertretung vorgesehen. Jordanien und Ägypten können dazu „eingeladen werden, wenn sie es wünschen“. An den Verhandlungen über die permanente Lösung sollen Jordanien und die Palästinenservertretung beteiligt werden. Darüber hinaus dürfe auch Ägypten hinzugezogen werden. Im Prinzip soll zur gleichen Zeit auch der Friedensvertrag mit Jordanien ausgehandelt werden, unter Beteiligung der gewählten Repräsentanten der ansässigen Palästinenser. Zu der Bestimmung der palästinensischen Vertreter ist anzufügen, daß sie gemäß dem Schamir-Plan aus freien, demokratischen und geheimen Wahlen hervorgehen sollen. Für einige Sonderbestimmungen hinsichtlich der Kandidaturen wird auf ein „detailliertes Dokument“ verwiesen, das aber bis dato meines Wissens nicht publiziert worden ist. Das verwundert nicht, da hierüber noch immer heiße Debatten innerhalb des Likud ausgetragen werden. Parteichef Schamir und eine schwer zu quantifizierende Mehrheit der Partei vertreten hier die folgende Linie: eine Beteiligung der PLO als solcher mit ihrem Präsidenten Arafat wird kategorisch ausgeschlossen. Ausgeschlossen wird auch die Kandidatur von Personen, die sich ausdrücklich als PLO-Mitglieder zu erkennen gegeben haben. Personen, die dem Umfeld der PLO zugeordnet werden, sich hierzu jedoch nicht eindeutig geäußert haben, scheinen jedoch als akzeptabel zu gelten.

Neben dem „PLO-Faktor“ ist durch den Baker-Plan die Frage, ob die arabische Bevölkerung (Ost-)Jerusalems an diesen Wahlen teilnehmen darf, zu einem Hauptstreitpunkt zwischen Schamir und seiner innerparteilichen Opposition geworden. Der Parteivorsitzende und Regierungschef hat diese Frage, wohl nicht zuletzt auch aus Rücksicht auf seinen Koalitionspartner und auf die amerikanische Regierung, offen gelassen. Abgesehen von ihrer parteitaktischen Verwendbarkeit hat die Frage auch zwei inhaltliche Komponenten. Einmal bewirkt eine Einbeziehung Ostjerusalems in den Wahlbezirk, daß wichtige lokale Führungspersönlichkeiten, wie etwa der Herausgeber der Zeitung al-Fajr, Hanna Siniora, wahl- und kandidaturberechtigt sind. Zum zweiten ist der Status des östlichen Stadtteils mit seiner überwiegend arabischen Bevölkerung angesprochen, der von Israel wie den Palästinensern gleichermaßen als „integraler Bestandteil“ des jeweiligen Territoriums betrachtet wird. Nun behauptet die Likud-Fronde um Scha-

ron, Modai und Levy, daß eine Billigung der Wahlbeteiligung der Araber Ostjerusalems die dortigen israelischen Ansprüche untergraben würde. Jitzhak Schamir weist dagegen die Unterstellung, er würde sich auf derartiges einlassen, heftig zurück. Unter dem Strich gehen die Vorschläge der Schamir-Initiative zu den Verhandlungsmodalitäten tatsächlich in einem Punkt über frühere Positionen des Likud hinaus: Sie gestehen den Palästinensern eine Rolle bereits von Anbeginn der Verhandlungen zu. Diese Modifikation könnte ein Resultat der Intifada sein.

b) Techija und übrige rechte Parteien

Gemäß ihren Vorstellungen über die Annexion der besetzten Gebiete sehen die Parteien rechts vom Likud keine politische Rolle im Friedensprozeß für die palästinensische Bevölkerung, geschweige denn für die PLO vor. Sie sind nur an Verhandlungen mit Jordanien und anderen arabischen Regierungen interessiert.

c) Arbeitspartei

In ihrem Wahlprogramm von 1988 hat die Arbeitspartei erklärt, daß „die PLO und andere Organisationen, die sich auf die Palästinensische Nationalcharta, die Israels Existenzberechtigung leugnet und den nationalen Charakter des jüdischen Volkes ablehnt, gründen oder sich terroristischer Methoden bedienen, keine Partner in Verhandlungen sein können.“²⁰⁾ Nun hat sich die PLO auf die Anerkennung Israels festgelegt; ferner haben die Arafat-treuen Fedajin-Organisationen in der PLO seit geraumer Zeit auf Guerilla-Aktivitäten gegen Israel verzichtet, um so die „Terrorismus-Klausel“ zu erfüllen. Ob das genügt, um das profunde Mißtrauen selbst eines Schimon Peres²¹⁾, geschweige denn das der weniger kompromißbereiten Kreise der Arbeitspartei gegen die Intentionen der PLO zu zerstreuen und eine Revision deren offizieller Haltung zu ermöglichen, ist nicht gewiß. Hier spielt schließlich auch eine ganz erhebliche Rolle, ob eine solche Haltung den Wählern vermittelbar ist. Hinsichtlich der Beteiligung der arabischen Bevölkerung Ostjerusalems an den Wahlen zu einer palästinensischen Interessenvertretung gibt sich die Arbeitspartei deutlich kompromißbereit, ohne allerdings den israelischen Anspruch auf das ganze Jerusalem in Frage zu stellen.

Bezüglich der übrigen Verhandlungsmodalitäten gilt für die Partei wohl nach wie vor der Peres-Frie-

²⁰⁾ Vgl. ebda., S. 26.

²¹⁾ Vgl. z. B. seine Ausführungen über die Palästinenser und die PLO, in: New York Times vom 21. 12. 1988, S. A35.

densplan vom Juni 1985²²⁾), der bis dato weder revidiert noch zurückgenommen worden ist. Darin sind zunächst fortgesetzte vorbereitende Gespräche zwischen Vertretern nicht nur Israels, Jordaniens, Ägyptens und der palästinensischen Bevölkerung, sondern auch der USA vorgesehen. Diese Idee findet sich auch in dem aktuellen Vorschlag des US-Außenministers Baker wieder. Durch die Gespräche soll die Grundlage für eine dreiseitige Arbeitsgruppe geschaffen werden, die ihrerseits die Agenda für eine jordanisch-israelisch-palästinensische Gipfelkonferenz mit amerikanischer Beteiligung erarbeitet. Diese Konferenz soll dann die endgültige Lösung und den Friedensvertrag zwischen Israel und Jordanien zustandebringen. Die palästinensische Vertretung soll aus Wahlen hervorgehen und „für alle Parteien akzeptabel“ sein, also auch für Israel. In diesen Punkten sind also keine großen Unterschiede zum Schamir-Plan zu verzeichnen, der ja wohl zum Teil aus Vorstellungen des Koalitionspartners hervorgegangen ist.

d) Die linken Parteien

Die Mapam erwähnt die PLO in ihrem Konzept nicht ausdrücklich. Sie erklärt sich allerdings zu Verhandlungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des Selbstbestimmungsrechtes der

Verhandelnden bereit. Die einzige Bedingung dafür soll die gleichzeitige und gegenseitige Anerkennung sowie der Verzicht auf Terror und bewaffneten Kampf sein. Das ist entgegenkommender als der entsprechende Passus bei der Arbeitspartei, weil die Änderung der PLO-Charta nicht ausdrücklich zur Bedingung gemacht wird. So bräuchte die Palästinenserorganisation ihre prinzipielle Haltung nicht aufzugeben und könnte dennoch mit verbindlichen politischen Vereinbarungen den israelischen Interessen Rechnung tragen. Eine Etappe palästinensischer Autonomie als Übergangsphase vom Status quo zur endgültigen Lösung ist schließlich auch bei der Mapam-Partei vorgesehen. Sie hält die Autonomie aber im Gegensatz vor allem zum Likud „nur für eine vorübergehende Zeitspanne . . . und nicht für eine dauerhafte Lösung geeignet“²³⁾.

Die Bürgerrechtspartei setzt sich für Verhandlungen mit „jedem repräsentativen Organ der Palästinenser auf der Grundlage gegenseitiger Anerkennung“ ein. Die Friedensliste hingegen geht als einzige jüdisch-israelische Partei soweit, die PLO als Verhandlungspartner sowohl direkt zu benennen, als auch deren Alleinvertretungsanspruch für das palästinensische Volk anzuerkennen²⁴⁾.

V. Das Lösungskonzept der PLO im Vergleich

1. Grenzziehung

Die Palästinensische Befreiungsorganisation erhebt einen moralischen Anspruch auf ganz Palästina, auf den sie durch die Nationalcharta verpflichtet ist. In der Praxis hat sie sich unter Führung Arafats bereits seit 1974 — wiewohl zunächst stark verklausuliert und indirekt, seit 1988 aber offen — für eine Zwei-Staaten-Lösung eingesetzt. Israel soll dabei wieder auf das Staatsgebiet in den Grenzen vom 4. Juni 1967, wie es also vor den Eroberungen des Sechstage-Krieges bestanden hatte, reduziert werden. Jerusalem reklamiert man zur Gänze als palästinensische Hauptstadt. Von bestimmten Kreisen innerhalb der PLO wird hier allerdings ein Kompromiß mit den analogen israelischen Forderungen vorgeschlagen, der Israel den westlichen, von ihm seit 1967 entwickelten Teil der Stadt beläßt und nur Alt-Jerusalem mit seiner vorwiegend arabischen Bevölkerung dem Palästinenserstaat zueignet.

²²⁾ Vgl. AdG 1985, S. 28854 f.

²³⁾ Vgl. Positions, S. 23.

²⁴⁾ Vgl. ebda., S. 18 f.

Selbst diese gemäßigte, und derzeit keinesfalls majoritäre Position muß jedoch noch als unvereinbar mit den israelischen Lösungsvorschlägen aller jüdischen Parteien (im Gegensatz zu rein arabischen oder gemischten Parteien wie der Kommunistischen Partei Israels), die mit Ausnahme der Friedensliste einhellig von der Unteilbarkeit Jerusalems ausgehen, bezeichnet werden.

2. Die politische Zukunft der Palästinenser

Die PLO fordert einen souveränen Staat der Palästinenser und hat dieses Ziel mit dessen Ausrufung im November 1988 durch den Palästinensischen Nationalrat bekräftigt. Wichtig ist, daß sich die PLO dadurch förmlich auf eine Zwei-Staaten-Lösung festgelegt hat — nach heftigen Kontroversen im Vorfeld des Beschlusses. Bei der Fortführung der darauf beruhenden Politik werden Arafat und seine Mehrheit in den Führungsgremien der PLO wie im PNR also auch in Zukunft eine nicht oder nur teilweise kontrollierbare Opposition sowohl von innerhalb der PLO als auch seitens arabischer Staaten — wie zur Zeit insbesondere Syrien oder Libyen — zu gewärtigen haben. Zur Anerkennung des Staates

Israel ist die Organisation faktisch seit langem bereit, kann dies aus Gründen des Prestiges und der Verhandlungstaktik aber natürlich nicht einseitig erklären.

Im übrigen kann die PLO angesichts der realen Machtverhältnisse nur schwer auf diesen Trumpf verzichten. Sie hat ja sonst nur geringe Möglichkeiten, das vom Status quo begünstigte und hochgerüstete Israel zu beeinflussen. Ihre einzigen Druckmittel neben der Anerkennung sind nur der Guerilla-Kampf und seit Ende 1987 die Intifada. Beide sind – im Westen häufig übersehen – mit sehr hohen Kosten für die PLO verbunden, deren Berechtigung sich überhaupt wohl nur aus der israelischen Sensibilität gegenüber menschlichen und wirtschaftlichen Verlusten auf der einen und dem Mangel an realistischen Alternativstrategien für die Palästinenser auf der anderen Seite ergibt.

Der neue Staat soll allen palästinensischen Flüchtlingen offenstehen. Eine Unterteilung des palästinensischen Volkes in eine politisch zu berücksichtigende ansässige Bevölkerung und die zu vernachlässigenden Flüchtlinge im Ausland, wie dies in den meisten israelischen Konzepten angelegt oder ausgesprochen ist, akzeptiert die PLO nicht. Sie operiert hingegen mit dem doppelt problematischen Begriff des „Rückkehrrechts für alle Palästinenser“. Die Problematik des Begriffs ergibt sich daraus, daß er zum einen die Assoziation einer Rückkehr der Flüchtlinge auch in das israelische Kernland weckt, die das Ende des israelischen Staates bedeuten würde. Damit aber liefert die PLO gerade den kompromißfeindlichen Kreisen in Israel das Argument oder weckt die echte Befürchtung, daß die PLO weiterhin auf die Zerschlagung des jüdischen Staates aus ist. Zum anderen verhindert dieser Slogan, daß sich unter den Flüchtlingen eine realistische Einschätzung der Lage und die Orientierung auf „Klein-Palästina“ verbreitet.

Allerdings sind hier eben prinzipielle Haltungen und wichtige Wertvorstellungen berührt, an denen die PLO sowohl von der eigenen Klientel als auch von den arabischen Staaten gemessen wird. Folglich könnte sich die PLO-Führung auch bei gegebener Opportunität nur schwer davon lösen. Wahrscheinlich steht der PLO bei dieser Frage das israelische Vorbild vor Augen. So geht es ihr im Kern darum, die Staaten- und folglich die Rechtlosigkeit der vielen Palästinenser zu beenden, denen andere Staatsbürgerschaften bisher versagt geblieben sind. Wie auch im Falle Israels wäre davon auszugehen, daß längst nicht alle Auslandspalästinenser zurückkehren würden. Angesichts der bereits äußerst hohen Bevölkerungsdichte besonders im Gaza-Streifen

und dem hohen Bevölkerungswachstum unter den Palästinensern ist die Vorstellung eines weiteren Bevölkerungszuflusses von außen jedoch für Israel kein Thema.

Hinsichtlich der politischen Rechte der Palästinenser in ihrem Staat fordert die PLO völlige Souveränität, lehnt also eine Entwaffnung oder partielle Mitspracherechte Dritter – gleich, ob für Israel oder Jordanien – ab. Sie ist einem Zusammenschluß mit Jordanien durchaus nicht abgeneigt, macht aber die vorherige eigene Staatsgründung und die völlige Gleichberechtigung zwischen „Palästina“ und Jordanien zur Bedingung. Das ist natürlich die umgekehrte Reihenfolge des Lösungsvorschlags der Arbeitspartei und schon für diese kaum akzeptabel.

3. Der Zeitplan

Die zeitlichen Vorstellungen des PLO-Konzeptes sind eher vage. Offiziell werden nur kurze Übergangszeiträume bis zur völligen Souveränität angenommen, wie z. B. bei dem Angebot einer Stationierung von UN-Truppen im ersten halben Jahr nach der Staatsgründung.

4. Die Verhandlungsmodalitäten

Prinzipiell besteht die PLO darauf, als Repräsentantin der Palästinenser gleichberechtigt neben Israel und den arabischen Staaten am Verhandlungstisch zu sitzen. Schon seit einigen Jahren akzeptiert sie aber jordanische und ägyptische Kompromißvorschläge, nach denen zumindest die Vorverhandlungen nicht von Repräsentanten der PLO selbst, sondern von formal unabhängigen, jedoch von der PLO gebilligten Persönlichkeiten bestritten werden könnten. Dies haben noch 1985 sowohl der Likud als auch die Arbeitspartei abgelehnt. Nun, da US-Außenminister Baker sich diese Vorstellung zu eigen gemacht hat, scheint hier ein Umdenkungsprozeß in Gang gekommen zu sein. Allerdings hat bereits das zu heftigen Reaktionen im Likud geführt.

Die endgültige Friedensregelung möchte die PLO auf einer internationalen Konferenz aushandeln lassen, an der nicht nur sie und die anderen unmittelbaren Konfliktparteien, sondern auch die fünf permanenten Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates beteiligt wären. Aus der Sicht der Arbeitspartei könnte das internationale Element dann kompromißfähig werden, wenn das Verhältnis mit der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten sich in den konstruktiven Bahnen der vergangenen Monate weiterentwickelt. Eine verbindliche Entschei-

dungsbefugnis, wie sie die Palästinenser zumindest offiziell fordern, wäre jedoch nicht akzeptabel. Der Likud lehnt das ganze Konzept ab und billigt nur die konsultative Beteiligung Ägyptens und der Vereinigten Staaten. Die PLO hält aber die internationale Beteiligung für die einzig denkbare Garantie,

daß Israels sehr reales Übergewicht nicht zu einem Diktatfrieden führt. Im übrigen ist die PLO wegen ihrer Interessen in zahlreichen arabischen Ländern auf möglichst breite arabische Zustimmung angewiesen, auf die sie nur bei einer wirklich umfassenden Lösung hoffen kann²⁵⁾.

VI. Welche Aussichten für einen Frieden?

Der hier gegebene Überblick über Grundhaltungen und Positionen in Israel und bei der PLO hinsichtlich einer Friedenslösung vermittelt einen Eindruck von den inhaltlichen Schwierigkeiten, die auf dem Weg zum Frieden noch zu bewältigen sind. Es wird deutlich, daß die prinzipiellen Grundhaltungen und politischen Wertvorstellungen fast aller Parteien in Israel auf der einen und die der PLO auf der anderen Seite einander diametral entgegenstehen. Auf der prinzipiellen Ebene erscheint eine Vermittlung auch deshalb ausgeschlossen, weil die beiden Positionen direkt mit der jeweiligen Existenzberechtigung verknüpft werden.

Weder jetzt noch in Zukunft kann aber mit der Selbstauflösung oder gar der Vernichtung einer der Seiten gerechnet werden. So bleibt man auf konkrete, pragmatische Lösungsvorschläge angewiesen. In Israel sind dazu ja durchaus Vorstellungen formuliert worden, die sich mit den bescheidener gewordenen PLO-Forderungen der letzten Jahre in Einklang bringen ließen. Doch fehlt diesen eine relevante Unterstützung in der israelischen Wählerschaft. Das liegt auch daran, daß die Parteien Mappam, Bürgerrechtspartei und Progressive Friedensliste auch wegen anderer, rein innenpolitischer Positionen nicht mehrheitsfähig sind. Ähnliches gilt für die radikalen Parteien rechts vom Likud mit ihren wohl eher nicht zum Frieden führenden Plänen. Eine entscheidende Wende im Kräfteverhältnis zwischen Arbeitspartei und Likud ist allenfalls dann zu erwarten, wenn sich der Likud noch länger internen Zwistigkeiten hingibt oder sich gar spaltet und dadurch bei der Wählerschaft und als Koalitionspartner, z. B. bei den religiösen Parteien, in Verruf gerät²⁶⁾.

Große Überraschungen auf der israelischen Seite sind eher unwahrscheinlich. Die PLO wird folglich an einer maßvollen Politik festhalten und weiterhin daran arbeiten müssen, daß Verhandlungen mit ihr für eine Mehrheit in Israel akzeptabel werden. In dieser von historischen Umwälzungen geprägten Zeit müssen sich beide Seiten in diesem Konflikt aber trotz allem die Frage gefallen lassen, ob denn die Kluft zwischen ihnen wirklich so viel tiefer ist als die in den vergangenen Monaten überwundene europäische? Gewiß, im Nahen Osten leiden *beide* Seiten unter inneren Spannungen von beträchtlichem Ausmaß, die hier wie dort die Bereitschaft und die Fähigkeit zum Kompromiß reduzieren. Die Beispiele besonders Europas, aber auch des südlichen Afrikas zeigen jedoch, daß die kompliziertesten Probleme lösbar werden, wenn der politische Wille dazu erst einmal vorhanden ist. Und der wächst besonders dort, wo sich die Einsicht durchgesetzt hat, daß Koexistenz und Kooperation allemal ergiebiger und profitabler sind als Krieg, Konflikt oder Boykott.

²⁵⁾ Die israelische Position wird in der Regel von Politikern jeglicher Couleur damit begründet, daß eine Beschneidung der israelischen Souveränität nicht in Frage komme. Hier sind zweifellos israelische Grundhaltungen im Spiel, wie sie oben geschildert wurden. Taktische Erwägungen können in diesem Zusammenhang zwar nicht ausgeschlossen werden, dürften aber doch nachrangig sein.

²⁶⁾ Die religiösen Parteien wurden in diesem Aufsatz trotz ihres Stimmenanteils von rund 12 Prozent nicht berücksichtigt, weil sie an außenpolitischen Fragestellungen nur peripher interessiert sind. Sie engagieren sich primär für die religiöse Prägung des öffentlichen Lebens in Israel.

Jitzhak Ben-Ari: Israel und die Bundesrepublik. Eine Bilanz besonderer Beziehungen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 15/90, S. 3—7

Es dürfte nur selten außenpolitische Beziehungen geben, die so von Schwierigkeiten und Mißverständnissen geprägt sind, wie das Verhältnis zwischen Juden und Deutschen. Der Autor, 1981 bis 1988 Botschafter Israels in Bonn, beschreibt den Weg, der zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel im Jahre 1965 führte. Er rät, auch weiterhin den moralischen und historischen Hintergrund dieser besonderen Beziehungen zu berücksichtigen und bezieht sich dabei auf die gemeinsamen Werte und Erfahrungen der beiden Völker. Er wertet mit Vertrauen und Optimismus das Zueinanderwachsen der beiden deutschen Staaten. Es sei ermutigend, daß trotz aller Probleme und Schwierigkeiten in den Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik tragfähige und vertrauensvolle vernünftige Verhältnisse geschaffen wurden, so daß eine produktive jüdisch-deutsche Zusammenarbeit möglich ist.

Niels Hansen: Verbindungen in die Zukunft. 25 Jahre diplomatische Beziehungen zwischen Deutschland und Israel

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 15/90, S. 8—18

Das deutsch-israelische Verhältnis hat sich in den zweieinhalb Jahrzehnten seit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen in einer Weise positiv gestaltet, wie dies 1965 kaum zu erwarten war. Diese Entwicklung ist durch gegenläufige Episoden nur unerheblich beeinträchtigt worden.

Die gesicherte Existenz des jungen Staates in dauerhaften und anerkannten Grenzen ist ein Kernpunkt der deutschen Nahostpolitik. Sie bewegt sich im Rahmen der außenpolitischen Zusammenarbeit der EG-Gemeinschaftsländer, die sich um konstruktive Beiträge zum Friedensprozeß in der Region bemühen. Wir haben nicht zuletzt in diesem Verbund die Interessen Israels stets geltend gemacht, was auch für dessen Kooperationsabkommen mit der EG gilt.

Über die eigentliche Außenpolitik hinaus sind die Beziehungen unserer Länder auf zahlreichen Gebieten durch einen „besonderen Bilateralismus“ gekennzeichnet, wie er jedenfalls zwischen einem europäischen und einem nahöstlichen Staat einmalig ist. Er wird zum Teil von privater Seite getragen und schafft Verständnis und Verständigung. Soweit quantifizierbar, liegen wir hier für Israel entweder an erster Stelle (z. B. Städtepartnerschaften, Jugendaustausch, Gewerkschaftskontakte), oder wir nehmen nach den USA den zweiten Platz ein (u. a. wissenschaftliche Zusammenarbeit, Handel, Tourismus). Im kulturellen Bereich haben wir an das anknüpfen können, was manche in der Weimarer Zeit als deutschjüdische Symbiose bezeichnet haben.

Die partnerschaftlichen Strukturen hängen — nur vordergründig paradoxerweise — mit der historischen Dimension unseres Verhältnisses zusammen. Voraussetzung war eine fortschreitende Normalisierung. Sie bedeutet nicht „Normalität“, wie gerade die Dichte der Beziehungen belegt. Es gilt den Blick in die Zukunft zu richten, ohne die Vergangenheit daraus zu verlieren.

Chaim Schatzker: Die Bedeutung des Holocaust für das Selbstverständnis der israelischen Gesellschaft

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 15/90, S. 19–23

Über zwanzig Jahre lang nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde die Shoah — der Holocaust — als Unterrichtseinheit im israelischen Erziehungswesen kaum aufgegriffen. Erst seit dem Eichmann-Prozeß befaßte sich die didaktische Fachliteratur in Israel durchgehend mit diesem Thema. Weitere Wellen von Publikationen folgten nach dem Sechstagekrieg und nach dem Yom-Kippur-Krieg. Vier Tendenzen bestimmten während der ersten Periode der Auseinandersetzung mit diesem Thema die Einstellung der Israelis zum Holocaust: die Dämonisierung der Täter, ein Prozeß der Verdrängung, Anklage und Apologetik sowie Mystifizierung und Ritualisierung.

Als Reaktion auf diese eher irrationalen, wenn auch angesichts der Dimension des Geschehenen verständlichen Tendenzen, verbreitete sich zunehmend die Auffassung von der Notwendigkeit einer „instrumentalen“ Funktion der Auseinandersetzung mit dem Holocaust, mittels derer vor allem staatsbürgerliche, moralische, historische und nationale Ziele erreicht werden sollten. Beeinflusst durch die Ereignisse der letzten Jahre — nicht zuletzt durch die kriegerischen Konflikte — scheint sich eine dritte, „existentielle“ Auffassung durchzusetzen, die nunmehr das Empfinden von größeren Teilen der israelischen Gesellschaft gegenüber dem Holocaust prägt.

Peter Gottstein: Israel und die Palästinenser-Frage. Probleme und Perspektiven

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 15/90, S. 25–37

Der arabisch-israelische Konflikt ist zehn Jahre nach Camp David keiner Lösung näher gebracht worden. Israel stößt bei seiner Suche nach neuen arabischen Partnern zur Fortführung des Friedensprozesses nach wie vor auf Ablehnung, verschmäht seinerseits aber Verhandlungen mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO). Im Kern des Nahost-Konfliktes steht jedoch nun einmal die Auseinandersetzung zwischen den Israelis und den Palästinensern, wie spätestens der Palästinenseraufstand deutlich gemacht hat. Vordergründig kann Israel und der 1984 gebildeten großen Regierungskoalition die Verantwortung dafür angelastet werden, daß es immer noch keine Verhandlungen gibt. Bei genauerer Betrachtung erweist sich dieser Befund jedoch als wenig ergiebig für das Verständnis der Konfliktsituation und ihrer Ursachen.

Eine leidenschaftslose Analyse sowohl der prinzipiellen Grundhaltungen als auch der politischen Zielvorstellungen Israels und deren Gegenüberstellung mit jenen der PLO fördert dagegen eine fast absurde Situation zutage. Beide Seiten sind dogmatisch fundierten, historischen Maximalzielen verpflichtet, die sich — wie etwa die territorialen Ansprüche in Palästina/Eretz Israel — nicht durchsetzen lassen. Aus realistischer Einsicht haben sich daher sowohl in Israel als auch — in den letzten Jahren — bei den Palästinensern Mehrheiten auf politische Ziele hin orientiert, die ein friedliches Arrangement ermöglichen sollen. Daraus hat sich jedoch bisher keine Kompromißlösung entwickelt. Das hat mehrere Gründe, etwa die Unfähigkeit der jeweiligen Führungen, die inneren Bedingungen politischen Handelns des Gegners und die Legitimität seiner lebenswichtigen Interessen zu würdigen. Das in langjährigem Konflikt gewachsene Mißtrauen gegeneinander, das jüdische Sicherheitsbedürfnis und eine auch sozio-kulturell bedingte Barriere sind weitere Handicaps. Zu alledem reduzieren erhebliche innenpolitische Zwänge auf beiden Seiten die Neigung und Fähigkeit zu Kompromissen mit einem der jeweils eigenen Basis suspekten oder sogar verhaßten Gegner.

Jahresbände

mit komplettem
Inhaltsverzeichnis

Aus Politik und Zeitgeschichte

nur **25,- DM**

zuzügl. Versandkosten pro Jahrgang



neu **1989**

Noch begrenzt vorrätig (Preise w. o.)

Jahrgänge: 1985 und 1988



Bundeszentrale
für politische
Bildung

Bestell- DAS PARLAMENT, Vertriebsabteilung
Adresse: Fleischstraße 62 - 65, D-5500 Trier